

Heft 160

Ausgabe 8 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spow



⊕ Pro und ⊖ Contra:
Brauchen wir eigene
Regelsätze für Kinder?
Joachim Rock vs. Rolf Stöckel

» Gewerkschaften im Aufschwung?

Interview mit
Andreas Meyer-Laubner
PISA-Schock Teil 2?

Florian Pronold
Klassenkampf um die
Erbschaftssteuer

Klaus Dörre
Die Gewerkschaften – aus der
Krise zur Erneuerung?



Kurzum | von Thomas Westphal

» Mein ganz persönliches Barometer zum Zustand der deutschen Gesellschaft, quasi mein aktueller „Gemüts-Index“, ist die wöchentliche „Spiegel-Bestseller“ Liste. Nehmen wir die drei führenden Sachbuch-Titel aus der 48. Woche dieses Jahres. Vorneweg marschiert Hape Kerkeling mit „Ich bin dann mal weg“. Ihm folgen Rhonda Byrne mit „The Secret – Das Geheimnis“ und Richard Dawkins „Der Gotteswahn“. Auf Platz fünf dann noch ein Werk mit dem Namen „Gott – eine kleine Geschichte des Größten“. Alle diese Titel setzen sich zwar in sehr unterschiedlicher Weise, aber doch mit dem gleichen Großthema auseinander: Wer lenkt und beeinflusst mein persönliches Schicksal? Anders ausgedrückt: Das Thema der Deutschen ist offenbar die Suche nach sich Selbst und die Frage nach der Rolle von Gott bei dieser Suche. Religion und ihre Entstehungsgeschichte ist für die Deutschen ein Thema geworden. Die Leichtigkeit früherer Jahre scheint verschwunden. Simple Ratgeber gemäß dem Motto „Leben einfach glücklich“ haben nicht den Weg ins Paradies auf Erden gezeigt.

Kurzum: Die heimliche Ersatzreligion der letzten Jahre, nämlich die coole Gleichgültigkeit des permanenten (Party-)Lebens verbunden mit der Hoffnung auf ein Leben ohne mühseligen persönliche Weiterentwicklungen und der manifesten Weigerung Erwachsen zu werden, bekommt augenscheinlich erste Kratzer.

» Die Tatsache, dass ausgerechnet ein Komiker der seine besten Jahre eigentlich schon hinter sich hat und nun durch billige Tanz- und Chartshows tingeln muss, die Liste der religiösen Ich-Sucher anführt zeigt: auch dieses Thema wird in Deutschland am liebsten mit der weichen Waffe des Witzes und der Ironie bearbeitet. Wobei konzediert werden muss, dass Kerkeling eine brillante Mischung aus Milieubeschreibung und persönlicher Biographie mit religiöser Begleitmusik gelungen ist.



↳ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

» Kerkeling verdeutlicht aber auch die Doppelbödigkeit dieser neuen deutschen Religionswelle. So lässt Kerkeling nach der Pilgerung keine wesentlichen Charakterveränderungen öffentlich erkennen. Er hat nicht einmal seinen weltlichen Lebenswandel in irgendeiner Form sichtbar verändert. Kerkelings Wanderung ist eben nicht die Neuauflage des protestantischen „Laufs zu mir selbst“ von Joschka Fischer. Er ist eben „nur mal so“ den Jakobsweg entlang gewandert, hatte entlang des Weges bewegende Begegnungen und Momente, aber das war es auch schon.

So steht also zu befürchten, dass es sich mit dem Religionsinteresse der Deutschen so ähnlich verhält wie mit den Kochsendungen. Wöchentlich sehen über 3 Millionen Deutsche eine oder gar mehrere Kochsendungen mit den sattsam bekannten „Starköchen“. Gleichzeitig vertilgen wir aber im Jahr rund 20 Millionen Dosen Ravioli und über eine halbe Milliarde Fischstäbchen.

Kurzum: Die neue deutsche Religionswelle erschöpft sich ohne weitere Konsequenzen schon darin zu lesen, was andere Denken oder erfahren haben. Die Begleitung der Erfahrungsgeschichten anderer ersetzt bereits das eigene Handeln. Dabei sein bestimmt das Bewusstsein. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Rösper (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobellus
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Reinhold Rünker

Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 02 31 - 40 24 10,
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030 - 4 69 22 35
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

Christian Kiel

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Dezember 2007

■ Meinung

- Alles Mitte, oder was? | Reinhold Rünker 4
 Klassenkampf um die Erbschaftsteuer | Florian Pronold 5
 Bankeranarchismen bremsen | Ortwin Runde 6
 Menschenrechtspolitik lebt von Glaubwürdigkeit
 | Christoph Strässer 7
☒ Pro: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?
 | Joachim Rock 8
☒ Contra: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?
 | Rolf Stöckel 9
 PISA-Schock Teil 2?
 | Interview mit Andreas Meyer-Lauber über die aktuelle PISA-Studie 10

■ ■ Im Fokus: Gewerkschaften im Aufschwung?

- Einleitung zum Schwerpunkt | Björn Böhning, Kai Burmeister 12
 Die Gewerkschaften – aus der Krise zur Erneuerung?
 | Klaus Dörre 14
 Das politische Mandat auf dem Prüfstand
 | Richard Detje, Otto König 20
 Das Verhältnis von Gewerkschaften und SPD
 | Andreas Steppuhn 25
 Von den USA lernen ... | Juri Hälker 28
 Gewerkschaftspolitik mit neuen Mitteln
 | Wolfgang Rose, Klaus-Dieter Schwettischer 31
 Was heißt Gute Arbeit? | Kathleen Kollwe 36
 Literaturschau | Kai Burmeister 40

■ ■ ■ Magazin

- Kinderspiel Kapitalismus | Alexandra Kramm 41
 Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
 Die EZB und ihre Geldpolitik | Arne Heise 42
 Für gute Arbeit und Ausbildung.
 Unsere Richtung: Links! | Katie Baldschun 44
 Ein linkes Godesberg – Das neue Hamburger
 Programm der SPD | Detlev Albers 46
 Staatsverschuldung und Investitionen | Dieter Vesper 50

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

- Dokumentation: Für ein nordhessisches Klimabündnis:
 Energie – Arbeit – Umwelt 54
 Meldungen 56
 5 Fragen an ... Heiko Kretschmer 58

Alles Mitte, oder was?

Die SPD muss Worten Taten folgen lassen | von Reinhold Rünker



» „Wo wir sind, ist die Mitte“ proklamierte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel Anfang Dezember auf dem Hannoveraner Bundesparteitag ihrer Partei. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil konterte mit Verweis auf die Deutschlandfahne selbstbewusst „Rot ist in der Mitte“. Zur Halbzeit der Großen Koalition nehmen beide Regierungspartner für sich in Anspruch, die politische Mitte zu repräsentieren. Beide wollen „die Mitte“ frühzeitig besetzen, da dort gemeinhin Wahlen gewonnen werden. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Wer die Mitte gewinnen will muss auch wissen, wo sie beginnt und endet. Und wer sie zu breit zieht wird sie ebenso wenig gewinnen – weil er niemanden anspricht –, wie derjenige nicht gewinnen wird, der unter dem Vorwand, die Mitte zu vertreten, lediglich die Sonderinteressen einer kleinen Gruppe zum Orientierungspunkt seines Handelns macht. Die „politische Mitte“ ist eine politische Konstruktion.

Nach dem SPD-Bundesparteitag Ende Oktober versuchten Union und Teile der Medien, der Sozialdemokratie einen Linksrutsch unter zu schieben. Im Kern ging es ihnen dabei darum, über die aktuelle Regierungspolitik hinausgehende Forderungen der SPD zu diskreditieren. Der vermeintliche Linksrutsch bestand aber lediglich darin, dass sie programmatisch ihre neoliberale Phase beendet hat, um ihren sozialdemokratischen Kern wieder frei zu legen. Insofern könnte man sagen, die SPD hat „ihre Mitte“ wieder gefunden, ein Linksrutsch aber war das nicht. Wer Wahlen gewinnen will, muss sowohl in der Lage sein klare Positionen zu beziehen als auch unterschiedliche Interessen zu bündeln. Widerstreitende Forderungen müssen zusammen gebracht und Menschen für ihre Umsetzung begeistert werden. Das geht nicht mit einem beherzten „sowohl als auch“.

» Die SPD hat auf dem Hamburger Parteitag den Mut gefunden, ihre Politik aus der rot-grünen Regierungszeit auf den Prüfstand zu stellen und weiter zu entwickeln. Jetzt kommt es darauf an, an den Themen weiter zu arbeiten. Beim Mindestlohn gelingt dies sehr gut, auch wenn Springer & Co. der SPD die mögliche Insolvenz ihres Postzustellers PIN in die Schuhe schieben wollten. Den Menschen ist klar, dass ein Geschäftskonzept, das auf der Zahlung von Dumpinglöhnen beruht, zurecht scheitert. Hier wird die SPD am Ball bleiben, für die flächendeckende Einführung eines Mindestlohns zu streiten. In der Sozialpolitik wird es um die Weiterentwicklung der Sozialstaatsreformen gehen, bei denen die soziale Gerechtigkeit und der Respekt vor der Lebensleistung in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. Nach der Klimakonferenz von Bali müssen konkrete Maßnahmen für die angekündigte „industrielle Revolution“ im Zeichen des Klimawandels folgen. Hier hat die SPD die große Chance, Industrie- und nachhaltige Umweltpolitik in Einklang zu bringen. Daraus können sich nicht nur Beschäftigungsperspektiven ergeben, sondern auch neue gesellschaftliche Bündniskonstellationen mit Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. Hier liegen auch die Aufgaben der SPD-Linken.



↳ Reinhold Rünker, Historiker, lebt in Leichlingen. Er ist spw-Chefredakteur und Geschäftsführer des Forum DLz1.

Foto: privat

Klassenkampf um die Erbschaftsteuer

von Florian Pronold ■ ■

Der Klassenkampf in Deutschland ist in vollem Gange. Einer kleinen Schicht von Vermögensbesitzern ist kein Argument zu absurd, um die faktische Abschaffung der Erbschaftsteuer zu betreiben. In der Unionsfraktion stößt die Unternehmerlobby auf offene Ohren. Das schärfste Schwert hat ihr dabei das Bundesverfassungsgericht in die Hände gelegt: Wenn es bis Ende 2008 kein neues Bewertungsrecht gibt, läuft nach der Vermögensteuer auch die Erbschaftsteuer aus. Die Erbschaftsteuergegner können ihr Ziel also durch Obstruktion erreichen. Das erschwert einen vernünftigen Kompromiss.

Unsere Anforderungen an die Reform sind klar: Einheitliche Bewertung aller Vermögensarten, deutlich steigendes Aufkommen durch höhere Steuern auf große Erbschaften und Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften. Gleichzeitig sollen durchschnittliche Erbschaften weiterhin steuerfrei bleiben und Liquiditätsprobleme bei Betriebsübergaben vermieden werden, ohne dass auf angemessene Steuerzahlungen verzichtet wird. Genauso klar war aber, dass das gegen die Union nicht vollständig durchzusetzen ist.

Die Eckpunkte, die wir in der Koalitionsarbeitsgruppe ausgehandelt haben, sind ein tragbarer Kompromiss, auch wenn sie uns nicht glücklich machen können. Als Erfolg muss der Erhalt des Aufkommens von 4 Milliarden Euro gelten. Falls die Berechnungen zeigen, dass dieses Ziel nicht erreicht wird, muss nachgebessert werden. Auch die Beibehaltung der hohen Steuersätze trotz neuen Bewertungsrechts ist ein Erfolg. Und schließlich bleiben Lebenspartner zwar in Steuerklasse III, bekommen dort aber wie Ehepartner 500.000 Euro Freibetrag.

Entscheidend für die Besteuerung von Großvermögen ist jedoch die Behandlung von Betriebsvermögen. Sobald es um ein paar Millionen geht, steckt fast in jeder Erbschaft betriebliches Vermögen. Und die Privilegierung des Betriebsvermögens schafft den Anreiz, Privatvermögen umzudeklariieren. Nachdem Gerhard Schröder das Abschmelzmodell – das heißt schrittweiser Steuererlass bei Betriebsfortführung – 2005 für die SPD übernommen hat, sind wir von diesem unsinnigen Modell nicht mehr weggekommen. Immerhin: Das Modell gilt jetzt „nur“ für 85 Prozent des Betriebsvermögens, der Rest bleibt steuerpflichtig. Und wir haben durchgesetzt, dass der Steuererlass über die Lohnsumme direkt an den Erhalt der Arbeitsplätze gekoppelt wird. Im Ergebnis heißt das: Wer für 10 Millionen Immobilien erbt, wird zukünftig deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen. Wer einen Betrieb für 10 Millionen erbt, kommt noch billiger weg als bisher – allerdings nur wenn er ihn mindestens 15 Jahre erhält. Entscheidend ist deshalb, wie das Betriebsvermögen im Detail abgegrenzt wird.

Trotz aller Probleme gilt: Wenn wir das neue Bewertungsrecht verabschieden, gibt es genügend Stellschrauben, um die Steuern für Millionenerben mit anderen politischen Mehrheiten anzuheben. Die Umsetzung der Eckpunkte wäre also ein Etappensieg gegen die Klassenkämpfer von oben. Doch bis dahin sind noch einige Schlachten zu schlagen. ■



↳ Florian Pronold, MdB (SPD), stellv. Sprecher AG Finanzen, spw-Mitherausgeber, lebt in Deggendorf.

Foto: www.spdfraktion.de

Bankeranarchismen bremsen

von Ortwin Runde

» „Zeitenwende an den Finanzmärkten“ leitartikelte Mitte November die Financial Times Deutschland und setzte die Spekulationen über die Auswirkungen der Finanzmarktsommerkrise dieses Jahres fort. Und wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die dort herrschenden „Bankeranarchismen“, regellos anmutende Renditejagden aus bloßer Geldgier, gebremst werden müssen, dann hat diese Krise sie geliefert.

Was ist geschehen? In der Euphorie um scheinbar immer weiter steigende Immobilienpreise waren in den USA bis zum Sommer mit immer weniger Sicherheitsmanagement Kredite zum Häuserkauf vergeben worden. Als immer mehr der neuen Immobilienbesitzer wegen steigender Zinsen ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, geriet der Markt ins Rutschen, die Preise verfielen, die US-Immobilienblase schien zu platzen. Das alles wäre weniger dramatisch gewesen, wenn nicht – grob gesprochen – die Banken aus den vielen Immobiliendarlehen Pakete aus guten und faulen Krediten gemacht, diese Wertpapiere weiterverkauft, ggf. diese wieder zu neuen Paketen umgepackt und verkauft hätten, usw. Aus lauter Renditehung wurden Risiken verschleiert und über ausgegliederte sog. Zweckgesellschaften gesammelt, schienen die „Banker“ schließlich selbst die Übersicht verloren zu haben.

» Das Ergebnis dieser sich weltweit verbreitenden Krise in Deutschland: Zwei Banken wankten und brauchten kräftige Liquiditätsspritzen. Andere Geschäftsbanken meldeten Wertberichtigungsbedarf (also: voraussichtliche Verluste!) in mehrstelliger Millionenhöhe. Die Notenbanken – EZB, US-Fed und selbst die Bank von

England – schossen immer wieder frisches Geld ins System – bisher mehr als 1,5 Billionen US-Dollar – und stabilisierten das Spekulantentum aus Angst vor einem Übergriff der Finanzmarktkrise auf die positiven Konjunkturentwicklungen in der Realwirtschaft. Indem die Geschäftsbanken mit der „Gier“ nach frischem Geld jedoch bei den Zentralbanken erfolgreich waren, wurden auf kaltem Wege deren Ersatzbanknoten in Form der sog. Finanzderivate zu echtem Geld – „nebenbei“ also ein Stück Geldmengenpolitik zugunsten der Bankenwelt privatisiert.

» Das ruft nach politischer Aufmerksamkeit. Insbesondere aus dem konservativ-liberalen Lager wurden die Analyse der dahinterstehenden Ursachen wie die politische Debatte unter Hinweis auf die Sensibilität der Finanzmärkte und dass man die Krise nicht stärker reden dürfe, als sie sei, in die Länge gezogen, eine gründliche Debatte über notwendige Veränderungen in den Hintergrund geschoben. Das ist ärgerlich. Da muss linke Politik dranbleiben.

Fest steht: Dem Finanzmarktgeschehen muss stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dafür sprechen nicht nur die zunehmenden volkswirtschaftlichen Gefahren, die von dort für uns alle ausgehen können. Dafür spricht ganz besonders, dass die Zukunftsfähigkeit eines europäischen Sozialmodells nur gesichert werden kann, wenn man den demokratischen Zugriff auf die dortigen Renditen politisch auch durchsetzt. ■



↳ Ortwin Runde, MdB (SPD), ist Mitglied im Finanzausschuss und lebt in Hamburg, wo er von 1997 bis 2001 Erster Bürgermeister war.

Foto: www.spdfraktion.de

Menschenrechtspolitik lebt von Glaubwürdigkeit

von Christoph Strässer



» Eine menschenrechtsorientierte Außen- und Innenpolitik stärkt die Rechtsstaatlichkeit weltweit. Sie hat den Anspruch, im Interesse der Menschen zu gestalten, also zum Positiven zu verändern. An den Ergebnissen muss sie sich messen lassen, nicht an Schlagzeilen und symbolkräftigen Bildern.

Die Kontroverse um die „richtige“ Menschenrechtspolitik im Zusammenhang mit dem Empfang des Dalai Lama muss also in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ich bezweifle stark, dass eine ausschließlich auf Außenwirkung orientierte Menschenrechtspolitik es den Menschen in China leichter macht, ihre Situation zu verbessern, geschweige denn die notwendige rechtsstaatliche Entwicklung befördert. Spricht man dieses Thema aus dieser Perspektive an, holt die Union die moralische Keule raus und behauptet, die SPD würde Wirtschaftsinteressen über moralische Werte stellen. Während die Union mit ihrer China-Politik punktet, werden jahrelange und fruchtbare Dialogforen stillgelegt – auf staatlicher wie auf nichtstaatlicher Ebene. Überall dort, wo es bislang möglich war, in oft zähen und mühsamen Gesprächen – wenn auch kleine – Fortschritte zu erzielen, herrscht jetzt Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt. Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages ist eingeladen worden, der von der FES initiierte Menschenrechtsdialog, der jetzt zum 9. Mal in Peking stattfinden sollte, wurde abgesagt. Sieht so erfolgreiche Menschenrechtspolitik aus?

» Mit Moral und Wertigkeiten ist es bei der Union nicht weit her. So ist ein menschenrechtlicher Ansatz bei ihren Innenpolitikern in Bund und Ländern eindeutig nicht erkennbar. Warum sonst werden muslimische Uiguren in Deutschland häufig nicht als politisch verfolgt

anerkannt, obwohl sie in China massiv unterdrückt werden? Warum werden Tschetschenen, von denen viele auch noch traumatisiert sind, nach Russland abgeschoben? Warum dürfen Frauen, die in ihre Herkunftsländer zwangsverheiratet wurden, nur innerhalb eines halben Jahres wieder nach Deutschland zurückkehren, wenn sie diese Ehe nicht ertragen können? Warum werden die Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention nicht zurückgenommen?

Die Liste der Glaubwürdigkeitslücken in der Menschenrechtspolitik der Union ließe sich beliebig fortsetzen.

» Sozialdemokratische Außenpolitik war immer werteorientiert, das brauchen wir uns von niemandem erklären lassen. Es waren Willy Brandt, Egon Bahr und Erhard Eppler, die in den 1960er- und 1970er- Jahren durch Beharrlichkeit und immer unter Berücksichtigung der Probleme und Nöte der Menschen Entspannungspolitik gemacht haben. Frank-Walter Steinmeier steht mit seinem Verständnis von Außenpolitik damit in einer großen und guten Tradition. ■



☞ Christoph Strässer, MdB (SPD), ist Sprecher für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Münster.

Foto: www.spdfraktion.de

+ Pro: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?

von Joachim Rock



➔ Joachim Rock, ist Grundsatzreferent beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und lebt in Berlin.

Foto: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

+ Das Problem der Kinderarmut wurde mit den Hartz-Reformen in doppelter Weise vergrößert: Die Kindern zustehenden Leistungen wurden deutlich reduziert; gleichzeitig hat sich die Zahl der betroffenen Kinder erheblich erhöht, allein im vergangenen Jahr um zehn Prozent. Die Folgenlosigkeit und Gleichgültigkeit, mit der diese Entwicklung hingenommen wird, ist skandalös. Dies ist ein Armutszeugnis, auch und gerade für die sozialdemokratische Sozialpolitik.

1,9 Millionen Kinder sind von Armut betroffen. Nach Schätzungen ist zusätzlich von einer Million Kindern auszugehen, die nicht in der Statistik auftauchen, weil die Eltern bestehende Ansprüche nicht wahrnehmen oder weil sie – wie bspw. Flüchtlinge – allenfalls über reduzierte Leistungsansprüche verfügen.

Die Höhe der Leistungen für Kinder wird bislang wie folgt bestimmt: Das Statistische Bundesamt ermittelt alle fünf Jahre (zuletzt 2003), was das ärmste Fünftel der Einpersonenhaushalte außerhalb des Leistungsbezuges aufwendet. In dieser Bezugsgruppe gibt es weder Kinder noch berücksichtigt das Verfahren die erheblichen Preissteigerungen seit 2003. Trotzdem werden von den so ermittelten Ausgaben amtlich weitere Abschläge für „unnötige Ausgaben“ vorgenommen. Übrig bleibt der Regelsatz, wie er Erwachsenen zusteht. Zurzeit sind das 347 Euro monatlich. Heranwachsende bis 14 Jahre erhalten pauschal 60 Prozent, ab 15 Jahren dann 80 Prozent dieses Satzes. Kindergeld wird damit vollständig verrechnet. Ein solches Verfahren hat viel mit Haushaltspolitik und nichts

mit dem Bedarf von Kindern zu tun. Jedem Kind stehen so pro Tag 2,71 für Essen und Getränke zu. Damit kann man sich weder gesundes Essen noch ungesundes Fast Food leisten. Eine ausgewogene Ernährung, so das Forschungsinstitut für Kinderernährung an der Universität Bonn, ist damit nicht möglich.

Mit den Hartz-Reformen wurde den Behörden zudem die Möglichkeit genommen, individuelle Härten durch einmalige Beihilfen für besondere Notlagen auszugleichen. Das gilt zum Teil selbst dann, wenn es um medizinisch notwendige, aber von den Kassen nicht finanzierte Leistungen geht.

Häufig wird eine Erhöhung der Geldleistungen mit dem Argument abgelehnt, dass das Geld nicht ankäme, weil Eltern den Regelsatz der Kinder selbst „verfrühstückten“. Dafür gibt es einzelne Beispiele, aber die haben mit den sozialen Realitäten nichts zu tun. Allein 60 Prozent der betroffenen Kinder leben in Haushalten Alleinerziehender, deren Einkommen häufig trotz einer Erwerbstätigkeit nicht ausreicht. Die übergroße Mehrheit der Eltern reduziert eigene Bedürfnisse, um wenigstens den Kindern ein Mindestmass an sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Anstelle einer Regelsatzerhöhung wird oft auf die Bedeutung von Bildung und Infrastruktur hingewiesen. Der Hinweis ist richtig, macht aber nicht satt. Notwendig wäre eine kinderspezifische Bedarfsbemessung und darüber hinaus die Wiedereinführung einmaliger Leistungen für besondere Notlagen. Dafür fehlt es nicht an Geld, sondern an politischem Willen. ■

■ Contra: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?

von Rolf Stöckel ■ ■



↳ Rolf Stöckel, MdB (SPD), ist Vorsitzender der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion, und lebt in Bönen.

Foto: www.spdfraktion.de

■ Kinder und Angehörige in Bedarfsgemeinschaften haben eigene Regelsätze nach SGB XII. Sie werden aufgrund der Synergien in Familienhaushalten in Prozentsätzen vom Haushaltsvorstand dargestellt. Die Regelsätze müssen insgesamt auf ihre Zielgenauigkeit und Wirksamkeit gegen Armutslagen überprüft werden. Kein armes Kind darf uns gleichgültig lassen. Auch nicht Kinder in ver- und überschuldeten Arbeitnehmerfamilien, die nicht von Sozialhilfe oder dem ALG II, aber faktisch an der Pfändungsgrenze leben.

Eine elternunabhängige Grundsicherung – oder etwa ein „bedingungsloses und Existenz sicheres Grundeinkommen“ für Kinder, unabhängig von ihren Eltern und deren Einkommen und Vermögen, das in Teilen von CDU, FDP, Grünen und Linkspopulisten gefordert wird – wäre solange unbezahlbar und extrem sozial ungerecht, solange das deutsche Steuerrecht bei Lohneinkommen, Vermögen und Erbschaften keine ausreichende progressive Umverteilung des Wohlstandes auch in der Mitte der Gesellschaft von oben nach unten vornimmt. Das gilt nicht nur für das Ehegattensplitting, für jede Kindergelderhöhung mit der Gießkanne bzw. die Steuerfreibeträge, die nur Besserverdienende ausschöpfen können, wie auch für ein im Vergleich zu anderen Industriestaaten lächerliches Kapital- und Erbschaftssteuer-Aufkommen.

Wenn der Staat wesentlich mehr als jetzt leisten soll, muss er wie z.B. in Schweden mehr Steuern von den Reichen, besser und normal Verdienenden bekommen. Wegen der horizontalen Generationengerechtigkeit auch von den Kindern, die erheblich

erben. Dann wären Grundsicherung, Lernmittelfreiheit und kostenloses Schulessen für alle Kinder gerecht finanzierbar. Dann könnte man den Bedürftigsten auch zuerst und intensiv helfen, ohne die Mittelschichten zu vernachlässigen.

Auch wenn die meisten Eltern wollen, dass es ihren Kindern gut geht, gibt es keine Garantie, dass staatliche Transferleistungen für Kinder bei ihnen auch ankommen, bzw. von den Eltern zielgenau verwendet werden. Deshalb bin ich für eigenständige Kinderechte und den Staat als Garanten für das Kindeswohl, notfalls auch gegen das Elternrecht. Und für eigenständige Sachleistungen (Lernmaterial, Schulessen, kostenfreie Betreuung, Bildung und Schülerbeförderung) für alle Kinder im Rahmen einer umfassenden staatlichen Daseinsfürsorge in den Kommunen, Ländern und im Bund.

Statt einer eigenen Kindergrundsicherung, die in den Sternen steht, müssten zunächst mal alle staatlichen Ebenen, Verbände und die Zivilgesellschaft ihren gesetzlichen Auftrag und ihre Verantwortung für das Wohl aller Kinder annehmen und umsetzen.

Würden alle Spielräume, die es bereits gesetzlich gibt, genutzt, und würden alle Bürgerinnen und Bürger ihrer sozialen Verantwortung gerecht, müsste kein Kind in Deutschland legal in Armut leben, bzw. mit vielfältigen Armutsrisiken, die weit über möglichen Geldmangel hinausgehen. ■

PISA-Schock Teil 2?

Interview mit
Andreas Meyer-Lauber
zur aktuellen PISA-Studie



Foto: GEW NRW

spw: Gibt es eigentlich wirklich neue Erkenntnisse aus den jetzt vorgelegten PISA- und IGLU-Studien?

Andreas Meyer-Lauber: Beide Studien sind sehr umfangreich, allein die PISA-Untersuchung umfasst 700 Seiten und zahllose neue Details. Bislang wird jedoch im Wesentlichen über die wenig veränderten Ranglisten debattiert, wertvolle Einzelheiten in beiden Untersuchungen werden nur von den Fachleuten wahrgenommen. Ein Beispiel aus IGLU 2006: Für Deutschland geben die Lehrkräfte der Grundschulen die Auskunft, dass für 21% ihrer Schülerinnen ein Förderbedarf bestehe, dem stehen 13% gegenüber, die real ein Förderangebot erhalten. Ich nenne dieses Beispiel, weil hier Diagnose und Therapie sehr nahe beieinander liegen, wenn man denn politisch handeln will.

spw: Warum unterscheiden sich die Ergebnisse in PISA und IGLU so deutlich voneinander?

Andreas Meyer-Lauber: IGLU und PISA unterscheiden sich sehr deutlich im Untersuchungsgegenstand und in der Altersgruppe. IGLU untersucht allein die Lesekompetenz gegen Ende der Grundschulzeit, PISA untersucht die 15-jährigen – egal in welcher Klasse sie sich befinden – ebenfalls zur Lesekompetenz, aber auch in Mathematik und Naturwissenschaften. Beide Veröffentlichungen im November dieses Jahres basieren auf Daten, die 2006 erhoben wurden. Beide stellen fest, dass in Deutschland die soziale Herkunft den Bildungs-

erfolg wesentlich bestimmt. Das gegliederte Schulsystem scheint dabei verstärkende Wirkung zu haben, so dass die Ungleichheiten bei den 15-jährigen deutlich größer sind.

spw: Bei der PISA-Studie 2006 hat Deutschland z.B. in den naturwissenschaftlichen Tests den 13. Platz belegt. Was sagt diese Betrachtungsweise über den Zustand unseres Schulsystems aus?

Andreas Meyer-Lauber: Dass verschiedene Fächer oder Lernbereiche im internationalen Vergleich unterschiedliche Ergebnisse zeigen, liegt auf der Hand, weil sich kulturelle und politische Verschiedenheit der Staaten zeigen müssen. Gleiche Ergebnisse in mehreren Fächern würden die Untersuchung eher unglaubwürdig erscheinen lassen.

spw: Wie wirkt sich diese „Ranking-Fixierung“ auf die Bildungspolitik aus?

Andreas Meyer-Lauber: Schlichte Geister in der KMK haben aus PISA abgeleitet, dass der Schulerfolg an nur noch drei Fächern zu messen ist: Deutsch, Mathe, Fremdsprache. Damit ruinieren sie zur Zeit die Schulkultur.

spw: Noch vor der Veröffentlichung der PISA-Studie hat es seitens der CDU-Bildungsminister und von konservativen Lehrerverbänden harte Kritik an der Interpretation der PISA-Studie gegeben. Der PISA-Koordinator der OECD, Andreas Schleicher, hatte relativiert, dass die deutschen Ergebnisse im naturwissenschaftlichen Bereich nicht auf eine Verbesserung der Schülerleistungen hindeuten müssen. Daraufhin wurde seine Absetzung gefordert. Wieso gibt es auch nach dem dritten PISA-Durchlauf noch so extreme Reaktionen aus dem bürgerlichen Lager?

Andreas Meyer-Lauber: Herr Schleicher hat ja nur korrekt darauf hingewiesen, dass für die Naturwissenschaften noch keine Zeitreihe vorliegt, man also über Zuwächse keine seriöse Auskunft entnehmen kann.

spw: Nachfrage: Woher rühren die Beharrungskräfte im Hinblick auf das Schulsystem in Deutschland?

Andreas Meyer-Lauber: Die Konservativen haben drei Gründe für ihre Reaktion auf PISA: Sie sind enttäuscht, bildungspolitisch international nur Mittelmaß zu sein, und sie sind wütend, weil ihre Ideologie vom „begabungsgerechten gegliederten“ Schulsystem nicht mehr zur Wirklichkeit passt. Und mehr Bildung würde mehr Geld kosten, das sie nicht ausgeben wollen. Dass Herr Busemann über Herrn Schleicher schon 2006 ein Einreiseverbot nach Niedersachsen verhängt hat, verdeutlicht die Geisteshaltung: Wir sind provinziell und wir wollen es bleiben.

spw: Wir wirken sich eigentlich die Ergebnisse der internationalen Vergleiche und die öffentliche Diskussion darüber an den Schulen aus?

Andreas Meyer-Lauber: Die meisten Lehrkräfte rackern inzwischen „rund um die Uhr“, um die Zukunft der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu sichern. Gleichzeitig verbreitet sich aber auch die Einschätzung, mit dem Problem allein gelassen zu werden. Das schürt die Politikverdrossenheit. Während einige Bundesländer zumindest versuchen, Unterstützungssysteme für Schulen in Gang zu bringen, setzt das Trio Koch, Wulf und Rüttgers allein auf mehr Druck: Mit Kopfnoten, Ziffernzensuren, Schulformempfehlungen und zentralen Prüfungen, am besten mit Rankings garniert, wollen sie mehr Leistung erzwingen. Pädagogisch ein ziemlicher Unfug ...

spw: Was müsste denn getan werden, um mit den Ergebnissen von Vergleichsstudien in den Schulen konstruktiv umgehen zu können?

Andreas Meyer-Lauber: Die Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit und mehr Unterstützung. Und es muss anerkannt werden, dass die Isolierung von schwierigen Schülern in einzelnen Schulen ein Irrweg ist. Soziale Apartheid schafft Situationen, in denen niemand mehr konstruktiv arbeiten und lernen kann. Die „eine

Schule für alle“ steht vor allem deshalb auf der Tagesordnung.

spw: Wie siehst Du den Handlungsspielraum für die Gewerkschaft in der aktuellen bildungspolitischen Auseinandersetzung?

Andreas Meyer-Lauber: Als die skandinavischen Länder ihre Schulsysteme umgebaut haben, waren die Lehrgewerkschaften dagegen. In Deutschland haben wir die fatale Situation, dass mit VBE und GEW die große Mehrheit der organisierten Lehrerschaft für eine Reform wirbt, aber die Politik noch im 19. Jahrhundert verharret. Die Lehrerschaft selbst ist jedoch im Moment zu erschöpft, um sich die Reform allein zuzutrauen.

spw: Wie beobachtet die GEW die Diskussion über die Schulstruktur in der SPD und wie kann das Bündnis in dieser Frage enger gefasst werden?

Andreas Meyer-Lauber: Wir sind froh, dass die SPD in NRW die Oppositionszeit nutzt, um neuen Mut für eine egalitäre Bildungspolitik zu schöpfen. Die Vorschläge zur Schulreform und zur Bildungsfinanzierung sind beachtlich und unterstützenswert.

Gewerkschaften sind überparteilich, gleichwohl brauchen sie Ansprechpartner für gemeinsame Ziele in der Politik. Die Schröderisierung der SPD und die letzten rot-grünen Jahre in NRW haben eine tiefe Distanz zwischen den DGB-Gewerkschaften und der SPD entstehen lassen. Wir sollten jetzt klar definierte Sachbündnisse in Oppositionszeiten pflegen, damit sie in Regierungszeiten tragfähig sind. Und wir haben eine klare Erwartung an die SPD: Wir wollen euch kämpfen sehen!

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Andreas Meyer-Lauber, ist GEW Landesvorsitzender NRW.
☞ Das Gespräch führte Oliver Kaczmarek.

Gewerkschaften im Aufschwung?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Björn Böhning und Kai Burmeister



Foto: Christian Kiel

Die jüngsten Kongresse von ver.di und IG Metall haben deutlich gemacht, die Gewerkschaften sind wieder da. Auch die Leitartikel der großen Zeitungen kamen nicht umhin, von neuem Selbstbewusstsein und einer wieder erstarkten Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sprechen. Vergessen also die Zeiten in denen sich die Gewerkschaften auf ihren Niedergang vorbereiten und sich dabei noch in Richtungskämpfen aufreiben?

Auch wenn die Gewerkschaftstage der beiden größten DGB-Gewerkschaften nach Innen wie nach Außen ein Signal der wieder neu gefundenen Stärke gewesen sind, so kommt, exemplarisch mit dem Streik der Lokführergewerkschaft, eine grundsätzliche Auseinandersetzung auf die Gewerkschaften und die industriellen Beziehungen insgesamt zu. Folgen nach Piloten, Ärzten und Lokführern demnächst auch andere Berufsgruppen, die ihre besondere Stellung im Unternehmen für die eigene Interessendurchsetzung ohne Rücksicht auf andere Beschäftigtengruppen innerhalb einer Belegschaft nutzen werden? Nicht ausgeschlossen, so die Einschätzung von Klaus Dörre, der die verschiedenen Quellen gewerkschaftlicher Macht analysiert und die DGB-Gewerkschaften in der Zwickmühle zwischen alten und nicht mehr funktionierenden Spielregeln des korporatistischen Systems und einer größer werdenden Gruppe prekär Beschäftigter sieht. Dörre lässt den Blick über den nationalen Tellerrand streifen und sieht international vergleichend einige Beispiele, in denen Gewerkschaften „aus der Krise zur Erneuerung“ gelangt sind.

Im Zuge der Sicherung gewerkschaftlicher Einflussräume bildet die Mitgliedergewinnung den Nukleus künftiger Aufgabstellungen. Auf die besondere Bedeutung des Organizing in diesem Zusammenhang geht Juri Hälker ein. Für den Autor stellt Organizing „eine kampagnenorientierte Form des Aufbaus betrieblicher Interessenvertretung sowie der gewerkschaftlichen Mitgliedergewinnung dar“. Gerade weil unter diesem Dach mittlerweile eine große Bandbreite von Ansätzen auftaucht, schaut Hälker nach den Ursprüngen bei der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft und plädiert für weitere Testläufe dieses Ansatzes durch die deutschen Gewerkschaften.

Doch nicht nur die Mitgliedergewinnung und Aktivierung steht im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Diskussion, auch die interessenpolitische Durchsetzung in der politischen Arena ist aktuell Bestandteil kontroverser Debatten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 war in der Einleitung zum spw-Schwerpunkt (Heft 144) zu lesen: „Die Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung und allen Oppositionsparteien (wird) sich funktionaler und rationeller stellen lassen.“ Auch wenn innerhalb der Organisationsstrukturen die Gefechte um die parteipolitische Orientierung nach wie vor ausgetragen werden, so scheint sich insgesamt eine versachlichte Beziehung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien abzuzeichnen. Mit dem Beitrag von Andreas Stepphuhn, der als Vorstand der IG BAU auch Mitglied der SPD-Bundestagfraktion ist, sowie dem Artikel von

Richard Detje, Mitarbeiter von wissentransfer.info und Otto König, Mitglied im Vorstand der IG Metall, erscheinen im Schwerpunkte zwei – sicherlich in der gewerkschaftlichen Debatte nicht ungeteilte – Diskussionsangebote über das politische Mandat der Gewerkschaften und den Perspektiven der Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften. Die sich aus dieser Debatte ergebenden Schlussfolgerungen für spw als Brücke der sozialdemokratischen Linken zu den Gewerkschaften werden unseren Zusammenhang dabei in den nächsten Jahren weiter begleiten.

Der Beitrag „Gewerkschaftspolitik mit neuen Mitteln“ von Wolfgang Rose und Klaus-Dieter Schwettscher geht über die Frage parteipolitischer Bündnisse hinaus und versucht gesellschaftliche Bündnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Seit einiger Zeit häufen sich Beispiele, bei denen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen mit Hilfe von direktdemokratischen Instrumenten auf kommunaler Ebene Privatisierungen öffentlicher Aufgaben verhindert haben. Das Hamburger Beispiel zeigt dabei, dass eine Mehrheit bei einem Bürgerentscheid nicht automatisch das Ende der Privatisierungsbestrebungen bedeutet. Gleichwohl plädieren die Autoren für eine Erweiterung gewerkschaftlicher Politik zu Gunsten direkter Demokratie.

Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften ist eng verknüpft mit der Arbeitsmarktentwicklung. Es ist viel Zeit vergangen, bis den Rückschritten a la Ein-Euro-Jobs und Minijobs sowie den Angriffen auf kollektivvertragliche Arbeitsstandards eine Offensivstrategie gegenübergestellt werden konnte. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie die Verlagerungsdrohung waren lange Zeit ursächlich dafür, dass begleitet durch die Rhetorik „Sozial ist was Arbeit schafft“ prekäre Arbeitsformen immer weiter zugenommen haben. In den letzten Jahren ist eine Wende zu beobachten. Mit dem Begriff „Gute Arbeit“ ist ein Gegenkonzept zur Prekarisierung entstanden, das von den Gewerkschaften aus auch

in den Wortschatz der politischen Parteien überführt werden konnte. Der spw-Schwerpunkt „Der Arbeit wieder Würde geben“ (Heft 149) hat deutlich gemacht, dass es dabei weit mehr als um die Schaffung einer Lohnuntergrenze in Form gesetzlicher Mindestlöhne geht. Kathleen Kollwe greift in ihrem Beitrag „Gute Arbeit“ auf und plädiert für eine europaweite Vorgehensweise in der Auseinandersetzung um die arbeitspolitische Gestaltung. Abgerundet wird der Schwerpunkt durch eine Literaturschau von Kai Burmeister.

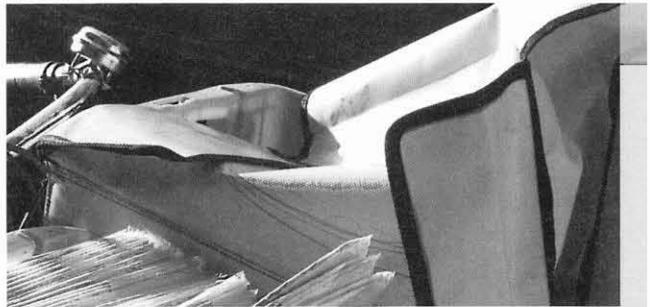


Foto: www.photocase.com; © frau.lueders

Dieser Heftschwerpunkt der spw steht im Kontext unserer Diskussion um „Moderne Arbeits- und Lebensweise“, die sich im nächsten Jahr stärker mit den Ansprüchen der Beschäftigten an Erwerbsarbeit und ihre Inhalte beschäftigen wird. Es geht uns darum, nicht nur neue sozialstaatliche Anforderungen an eine flexible Arbeitswelt konzeptionell zu formulieren, sondern auch neue Sicherheiten in der Arbeit einzuziehen. Den ersten Fokus bildet eine Debatte über die Konzeption der in unserem Bereich entwickelten Arbeitsversicherung. Diese wird auch Einzug in die sozialdemokratische Debatte finden. Den zweiten Fokus bildet die Diskussion um würdevolle und flexible Formen des Renteneintritts durchaus auch als gewerkschaftliches Handlungsfeld. Zudem wollen wir Antworten auf die Spaltung der Belegschaften und die soziale Regulierung der Leiharbeit geben. Dabei können staatliche und tarifpolitische Interventionen eine sinnvolle Symbiose eingehen. ■

↳ Björn Böhning, ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und der spw-Redaktion. Er lebt in Berlin.

↳ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und wohnt in Offenbach.

Die Gewerkschaften – aus der Krise zur Erneuerung?

von Klaus Dörre



Foto: Christian Kiel

» Blickt man auf die entwickelten Kapitalismen der westlichen Welt, so scheint es, als habe sich nach dem Niedergang der politischen Arbeiterbewegungen nun auch die Kraft der Gewerkschaften erschöpft. Obwohl die Entwicklungen ungleich verlaufen, kann doch kein Zweifel bestehen, dass in vielen europäischen Ländern von einer tiefen Krise gewerkschaftlicher Repräsentation gesprochen werden muss. Meine These ist dennoch, dass die Gewerkschaften trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine „strategische Wahl“ haben. Sie verfügen über Handlungsoptionen und sind potenziell in der Lage, sich auf die Realitäten eines transformierten Kapitalismus einzustellen.

□ 1. Drei Quellen von Arbeitermacht

Zur Begründung dieser These ist es sinnvoll, sich zunächst der Quellen von Arbeiter- und Gewerkschaftsmacht zu vergewissern. Im Anschluss an Wright (2000: 962) und Silver (2005: 30-44) kann zwischen struktureller und Organisationsmacht von Lohnabhängigen unterschieden werden. Strukturelle Macht erwächst aus der Stellung von Arbeiter- und Angestelltengruppen im ökonomischen System. Sie kann sich in primärer Verhandlungsmacht, die aus einer angespannten Arbeitsmarktsituation entspringt, ebenso ausprägen wie in Produktionsmacht, die sich – wie bei Lokführern und Ärzten – über eine besondere strategische Stellung von Arbeitergruppen in Produktionsprozessen konstituiert. Davon zu unterscheiden ist Organisationsmacht, die aus dem Zusammenschluss zu kollektiven politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen entsteht. Organisationsmacht kann strukturelle Verhandlungs- und Produktionsmacht teilweise substituieren, ohne sie jedoch vollständig zu ersetzen. Strukturelle Macht wird häufig spontan ausgeübt, sie tritt in Gestalt von „labour unrest“ (Silver 2005: 11, 44 ff.), plötzlichen Unruhen und situativer Empörung ebenso auf wie als informelle Sabotage oder Absentismus in Produktionsprozessen. Organisationsmacht ist demgegenüber prinzipiell auf handlungsfähige Gewerkschaften, Parteien oder ähnliche Akteure angewiesen.

» Über die Konzeptionen Wrights und Silvers hinaus lässt sich zusätzlich eine dritte Quelle von Arbeitermacht benennen: die institutionelle Macht. Ihre Besonderheit wurzelt in dem Faktum, dass Institutionen soziale Basiskompromisse über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg festschreiben und teilweise gesetzlich fixieren. Institutionelle Macht präformiert Aushandlungsprozeduren und Handlungsstrategien von kollektiven Akteuren, Betriebsräten, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, die auch dann noch als wahrscheinlich, naheliegend und verbindlich gelten können, wenn sich

gesellschaftliche Kräfteverhältnisse gravierend verändert haben. Institutionelle Macht kann, etwa von Gewerkschaften, auch in Phasen ausgeübt werden, in denen sich bereits eine Schwächung der Organisation abzeichnet. Die Nutzung institutioneller Macht setzt dann freilich voraus, dass die Gewerkschaften trotz nachlassender Bindungsfähigkeit gesellschaftlich weiter als authentische Repräsentanten der Lohnabhängigen anerkannt werden. Faktisch kann ein Überhang an institutioneller Macht Gewerkschaften dazu animieren, Repräsentationsdefizite und nachlassende Mobilisierungsfähigkeit durch institutionenkonformes Verhalten kompensieren zu wollen. Gerade in Phasen eines radikalen Strukturwandels laufen die Arbeiterorganisationen dann Gefahr, Handlungsstrategien zu konservieren, denen die Geschäftsgrundlage längst abhanden gekommen ist.

□ 2. Ausbau institutioneller Verhandlungsmacht

Für den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus, wie er sich nach 1945 in unterschiedlichen Varianten in Westeuropa herausbildete, ist die Inkorporation von Lohnabhängigeninteressen in tragende gesellschaftliche Institutionen charakteristisch. Begünstigt durch die außergewöhnlich lange Nachkriegsprosperität ging die gesellschaftliche Ausweitung und Verallgemeinerung von Lohnarbeit nach 1949 mit einer Tendenz zur Einhegung von Einkommens-, Armuts- und Beschäftigungsrisiken einher. Lohnarbeit wurde mit einem Sozialeigentum zur Existenz- und Statussicherung verkoppelt, das sich in garantierten Rentenansprüchen, Kündigungs- und Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrechten sowie verbindlichen tariflichen Normen manifestierte. Diese Koppelung konstituierte einen Bürgerstatus, der zuvor besitzlosen Klassen trotz fortbestehender Ungleichheiten zu einem respektierten Status in der Gesellschaft verhalf. Zwar erstreckte sich die Integrationskraft des Arbeiterbürgerstatus niemals gleichmäßig auf alle Lohnabhängigen. Bei Migranten, den formal gering Qualifizierten und vielen Frauen konnte von gleichberechtigter Teilhabe keine Rede sein.

Die Integrationskraft des Sozialeigentums reichte jedoch aus, um einer Mehrheit der Lohnabhängigen und ihrer Familien den Anschluss an die Lebensstile der Mittelschichten zu ermöglichen.

» Die Gewerkschaften betätigten sich als eine treibende Kraft dieser Entwicklung. Je erfolgreicher sie in ihrem Bestreben waren, abhängig Beschäftigte am Produktivitätsfortschritt zu beteiligen und sie mit kollektiven Partizipations- und Schutzrechten auszustatten, desto stärker veränderten sie sich selbst. In den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismen verschob sich das Zentrum ihres strategischen Handelns von struktureller und Organisationsmacht hin zu institutioneller Macht.

□ 3. Gewerkschaften als Objekt neuer Landnahmen

Spätestens seit Mitte der 1990er läuft eine neue kapitalistische Landnahme darauf hinaus, finanzmarktkapitalistische Produktions- und Tauschnormen zu nutzen, um die raum-zeitlichen, technologischen und institutionellen „Fixierungen“ der fordistischen Ära aufzulösen. Im Inneren der Wohlfahrtsstaaten zielt diese Landnahme auf die Anpassung der gewinnorientierten Exportwirtschaft an das finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime.

» Eine Konsequenz der neuen Landnahme ist, dass die organisierten Arbeitsbeziehungen selbst in den Sog einer wettbewerbsorientierten Restrukturierung geraten. Noch innerhalb der Hülle formal intakter Institutionen hat sich der Inhalt kollektiver Aushandlungen im System der organisierten Arbeitsbeziehungen seit Mitte der 1990er grundlegend verändert. Ging es in der Ära des fordistischen Kapitalismus noch um den Grad der Abkoppelung lohnabhängiger Existenzen von Marktrisiken, so wird in den Unternehmen nun vor allem über das Maß an Beschäftigungs-

Einkommens- und Statusunsicherheit verhandelt, das den Arbeitern und Angestellten zugemutet werden soll. Entsprechende Verhandlungen verfolgen hierzulande nicht das Ziel, die Gewerkschaft zu zerschlagen; die faktische Schwächung institutioneller Arbeitermacht ist jedoch nicht zu übersehen. Der Standortwettbewerb ist in vielen Großunternehmen zu einer alltäglichen Erfahrung geworden. Zugleich haben sich in wichtigen Branchen stark asymmetrische Wettbewerbspakte als Normalform betrieblicher Regulation durchgesetzt. Die großen Asymmetrien in den zugrunde liegenden Kompromissformeln bewirken inzwischen Legitimationsverluste nicht nur der Gewerkschaften, sondern zunehmend auch der Betriebsräte.

» Für die institutionelle Gewerkschaftsmacht ist diese Entwicklung fatal. Zwar gelingt es in gewerkschaftlichen Hochburgen, etwa in den ehemaligen Staatsunternehmen Bahn, Post und Telekom noch, tariflich garantierte „Besitzstände“ zu bewahren. Bei den Konkurrenten dieser Unternehmen und vielen ausgegründeten Subeinheiten ist das aber nicht mehr der Fall. Das Heer der „Arbeitnehmer zweiter Klasse“, der Niedriglöhner, befristet Beschäftigten, Leiharbeiter, Mini- und Midijobber, der „proletaroiden“ Selbstständigen und Existenzgründer, das in Deutschland inzwischen einen hohen Anteil der Beschäftigten stellt, wirkt auf die institutionelle Verhandlungsmacht der Gewerkschaften wie ein aggressiver Virus auf ein geschwächtes Immunsystem. Diesem Virus ist allein mit Wertschöpfungspakten, die versuchen, den Gewerkschaftseinfluss mittels kooperativer „Institutionenpflege“ zu erhalten, nicht beizukommen.

□ 4. Neue „Bewegungsgewerkschaften“ im Süden

Eine Sondierung von „strategischen Wahlmöglichkeiten“ muss mit dem Eingeständnis beginnen, dass institutionelle Macht den deutschen Gewerkschaften gegenwärtig eine Stärke verleiht, die sie als Mitgliedsorganisationen gar nicht mehr besitzen. Die Frage nach Wegen zur Erneuerung der Gewerkschaften ist daher gleichbedeutend mit der Frage nach der Erschließung neuer Machtressourcen und vor allem nach der Wiederherstellung von Organisationsmacht.

» Hier lohnt es, über den nationalen Tellerand hinaus zu blicken. Tatsächlich kann, trotz Globalisierung und Standortkonkurrenz, von einem generellen Niedergang der Lohnarbeitermacht nicht die Rede sein. So erzeugen geographische Verlagerungen von Produktionsstandorten neue raum-zeitliche „Fixierungen“ und mit ihnen neue Arbeiterklassen und Arbeiterbewegungen an den jeweils bevorzugten Produktionsstandorten. Auf diese Weise kommt es zu einer Diffusion von Produktionsmacht, die sich – wie etwa in China – zunächst in „labour unrest“, in spontanen Unruhen und Aufständen äußert. In Ländern wie Brasilien Südkorea und Südafrika ist strukturelle Arbeitermacht aber auch in Organisationsmacht transformiert worden. Dort kämpfen Gewerkschaften nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, sie haben sich teilweise auch an der Spitze von Demokratiebewegungen gesetzt.

Auch aus diesem Grund stellen die „Bewegungsgewerkschaften“ des Südens für einen Teil der wissenschaftlichen Interpreten (Moody 1997, Waterman 1999) einen „Unionism neuen Typs“ dar. Zum Selbstverständnis der „Bewegungsgewerkschaften“ gehört, dass sie an zentralen gesellschaftlichen Themen ansetzen und in ihrer konfliktorischen Ausrichtung an frühere Formen der „Klassengewerkschaft“ erinnert, ohne indessen deren enge Ausrichtung auf den Kern der Industriearbeiterschaft zu übernehmen. Statt dessen versuchen

sie auch bei prekarierten Gruppen und Minderheiten Fuß zu fassen. Sie bemühen sich, Interessenkonflikte über die Grenzen der Fabrik hinaus auszuweiten, sie entwickeln Organisationsformen in Stadtteilen und Nachbarschaften, arbeiten eng mit sozialen Bewegungen, Initiativen, NGOs, Kirchen und anderen Gruppen außerhalb der Arbeitswelt zusammen und setzen auf Formen der Mitgliederpartizipation bis hin zu „Mitgliederselbstbestimmung“. Obwohl diese neuen „Bewegungsgewerkschaften“ im Grunde um ihre Anerkennung als institutionelle Verhandlungsmacht kämpfen und damit unter Bedingungen agieren, die mit denen der kapitalistischen Zentren nicht vergleichbar sind, beleben sie mittlerweile auch die Erneuerungsdebatte in den Metropolenstaaten.

□ 5. Das Organizing-Modell

In ihrem Klassiker der Labour-Revitalization-Literatur haben die amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen Voss und Sherman (2000: 303-349) gezeigt, wie Gewerkschaften agieren müssen, um bürokratische Strukturen und eingeschlifene Praktiken so zu verändern, dass es zu einer Wiederbelebung gewerkschaftlicher Aktivitäten und zu einer erhöhten Mitgliederbindung kommt. Entscheidend ist danach der Wechsel zu einem Organizing-Modell, das auf einer veränderten Arbeitspraxis und daraus resultierenden neuen Organisationsstrukturen basiert. Voss/Sherman arbeiten drei Faktoren heraus, die zur Erklärung des organisationalen Wandels herangezogen werden können: (1) die örtliche Gewerkschaft sieht sich einer internen politischen Krise gegenüber, aus der ein Führungswechsel hervorgeht, (2) Gewerkschafter, die „von außen“ kommen und Erfahrungen in sozialen Bewegungen vorweisen können, bringen neue Impulse für das Gewerkschaftshandeln ein und (3) der organisationale Wandel wird durch die Gewerkschaftszentrale gefördert und unterstützt. Nur wenn diese drei Faktoren zusammenkommen, ist eine grundlegende Revitalisierung möglich. (vgl. den Beitrag von Hälker in diesem Heft).

□ 6. Organizing – eine Option zur Erneuerung?

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die von Voss/Sherman präsentierten und inzwischen durch zahlreiche Folgestudien bestätigten Befunde stark von den US-amerikanischen Erfahrungen und den Besonderheiten des dortigen „voluntaristischen“ Systems industrieller Beziehungen geprägt sind.



Foto: Christian Kiel

Umso mehr müssen die breite internationale Rezeption dieser Erfahrungen und die – inzwischen auch in Deutschland vorhandenen – Versuche zur Übertragung entsprechender Praktiken in andere gesellschaftliche Kontexte überraschen. Ein wesentlicher Grund ist wohl der Tatsache geschuldet, dass Voss/Sherman den organisationssoziologisch eigentlich unwahrscheinlichen Fall bürokratischer Apparate dokumentieren, die den institutionell scheinbar vorgegebenen Pfad organisationaler Entwicklung verlassen und in vergleichsweise kurzer Zeit zu einer grundlegenden Erneuerung ihrer Praxisformen gelangen. In diesem Phänomen raschen strategischen Lernens liegt die eigentliche Herausforderung eines strategischen Organisationswandels, der gerade nicht als simpler Rekrutierungsansatz missverstanden werden darf. Im Kern geht es beim Organizing um veränderte

Beziehungen zwischen Gewerkschaftsapparaten und Aktiven auf der einen, einfachen Mitgliedern und Nichtmitgliedern auf der anderen Seite. Organizing bedeutet vor allem „Kampf um die Köpfe“ an der eigenen Basis, ein aktives Überzeugen von gewerkschaftlichen Zielen und Forderungen. Das ist ohne Ansätze, die Mitglieder wie Nicht-Mitglieder gezielt und projektbezogen an der gewerkschaftlichen Politikentwicklung beteiligt, nicht zu leisten.

» So verstanden, treffen Einwände, das Organizing-Konzept sei nur schwer auf die kooperativen Kapitalismen Kontinentaleuropas übertragbar (Frege 2000), nur bedingt zu. Tatsächlich ist die strategische Situation der deutschen Gewerkschaften – noch – eine andere als die ihrer nordamerikanischen Schwesterorganisationen. Weder ist die Erosion institutioneller Verhandlungsmacht so weit fortgeschritten wie in den angelsächsischen Kapitalismen, noch sind soziale Bewegungen, NGOs und Graswurzelinitiativen derart stark, dass Bündnisse mit ihnen schwindende gewerkschaftliche Organisationsmacht kompensieren könnten. Auch aus diesem Grund scheuen die Gewerkschaften mehrheitlich davor zurück, Verhandlungsmacht, wie sie Mitbestimmung und Tarifsysteem noch immer bieten, zugunsten einer riskanten Bündnispolitik mit oppositionellen Bewegungen zu opfern. Dennoch besteht dringender Handlungsbedarf. Angesichts schwindender Durchsetzungsfähigkeiten der institutionalisierten Gewerkschaften tendieren Gruppen wie die Lokführer oder die Ärzte, die aufgrund ihrer beruflichen Positionierung über ein hohes Maß an struktureller Macht verfügen, dazu, ihre Interessen separat von anderen Berufsgruppen wahrzunehmen. Anders als unternehmenskonforme „gelbe“ Gewerkschaften zeichnen sich ihre nach absoluten Mitgliederzahlen eigentlich schwachen Organisationen durch hohe Lohn- und Gehaltsforderungen sowie hart geführte Konflikte aus. Die Erosion institutioneller (Tarif-)Macht der großen Mitgliedsgewerkschaften produziert so ein Revival separater Interessenkämpfe strukturell mächtiger Berufsgruppen. Gleichzeitig nimmt aber

auch die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen zu, weil vertretungsschwache Gruppen wie z.B. die 18 % Niedriglohnbezieher in Vollzeitbeschäftigung (Bosch/Weinkopf 2007) in dieser Konfliktkonstellation unweigerlich den Kürzeren ziehen.

» Damit befinden sich die DGB-Gewerkschaften in einer Art Zwickmühle. Bleiben sie in der Fläche weniger durchsetzungsfähig, weil die alten korporativen Mechanismen nicht mehr funktionieren, drohen sie zwischen Berufsgruppen mit großer struktureller Macht und dem wachsenden Heer prekär Beschäftigter eingeklemmt zu werden und weiter an Einfluss zu verlieren. Diese Konstellation ist es, die die Frage nach strategischen Alternativen aufwirft und das Interesse an Organizing-Praktiken weckt.

□ 7. Innovative Praktiken, keine kohärente Politik

Spezifische nationale Handlungsbedingungen sprechen gegen eine unreflektierte Übernahme einzelner Praktiken, schließen Lernprozesse aber keineswegs aus. Tatsächlich lassen sich Elemente von Organizing-Ansätzen selbst im Kerngeschäft der deutschen Gewerkschaften längst beobachten, wenngleich sich die Protagonisten solcher Handlungsansätze nur teilweise explizit auf die internationalen Erneuerungsdebatten beziehen. Lidl- und Niedriglohnkampagne im Organisationsbereich der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, beteiligungsorientierte Ansätze in der Betriebs- und Tarifpolitik wie die Kampagne „Besser statt Billiger“ des IG-Metall-Bezirks NRW, in welcher Verhandlungen um betriebliche Pakte mit Formen der Mitgliederpartizipation und der Organisierung verbunden werden, oder auch die Aktivitäten einiger IG-Metall-Bezirke, die unter dem Motto „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ eine Sensibilisierung für die besonderen Interessen von Leiharbeitern betreiben, laufen faktisch auf eine Adaption von Elementen des Organizing-Modells hinaus. Umgekehrt sind wichtige Ansätze zur Erneuerung gewerkschaftlicher Politik wie z.B. das IG Metall-

Projekt „gute Arbeit“, das u.a. die Leistungssteuerung von Arbeit und den demographischen Wandel in den Betrieben thematisiert, noch nicht systematisch mit Organizing-Aktivitäten verbunden.

» Insofern handelt es sich bei den hier nur angedeuteten Aktivitäten um „zarte Pflänzchen“ der Erneuerung, deren Wirkungen erst mit gebührendem zeitlichen Abstand wissenschaftlich bewertet werden können. Die Nachhaltigkeit der unterschiedlichen Ansätze muss erst noch bewiesen werden und es springt ins Auge, dass die im deutschen System organisierter Arbeitsbeziehungen notwendige Ausrichtung zahlreicher Aktivitäten auf die Betriebsräte einer Erweiterung („Mitglieder werben Mitglieder“) bedarf. Bislang, so lässt sich daher resümieren, existieren im Organisationsspektrum der deutschen Gewerkschaften zwar Ansätze einer Erneuerung, zu einer kohä-

renten Politik haben sie sich bislang aber nicht verdichten können. Allerdings ist noch nicht aller Tage Abend. Wer die Gewerkschaften vorschnell zu Relikten einer in ihrem Endstadium befindlichen „organisierten Moderne“ erklärt und darauf zielt, ihre institutionelle Macht weiter zu schwächen, macht die Rechnung ohne den Wirt. Harte soziale Interessenkämpfe wie derzeit (nicht nur) bei der Bahn, könnten die Quittung sein. ■

☞ Dr. Klaus Dörre, ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

Literatur

- Bosch, G./Weinkopf, C. (Hrsg.) (2007): Arbeiten für weniger Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt/M.
- Brinkmann, U./Choi, H./Detje, R./Dörre, K./Holst, H./Karakayali, S./Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung?, Wiesbaden, erscheint im Januar im VS-Wissenschaftsverlag
- Frege, C. M. (2000): Gewerkschaftsreformen in den USA. Eine kritische Analyse des ‚Organisierungsmodells‘, in: Industrielle Beziehungen 7 (3), S. 260-280
- Moody, K. (1997): Workers in a Lean World, London
- Rehder, B. (2006): Legitimitätsdefizite des Co-Management. Betriebliche Bündnisse für Arbeit als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Soziologie 3, S. 227-242
- Silver, B. J. (2005): Forces of Labour. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870, Berlin
- Voss, K./Sherman, R. (2000): Breaking the Iron Law of Oligarchy. Union Revitalization in the American Labor Movement, in: American Journal of Sociology 106 (2), S. 303-349
- Waterman, P. (1999): The New Social Unionism. A New Union Model for a New World Order, in: Munck, R./Waterman, P. (Hrsg.): Labour World-wide in the Era of Globalisation, London, S. 247-264
- Wright, E.O. (2000): Working Class Power, Capitalist Class Interests, and Class Compromise, in: American Journal of Sociology 105 (4), S. 957-1002

Der Artikel basiert auf einer Literaturstudie (vgl. Brinkmann u.a. 2008) der AG Strategic Unionism, der neben dem Autor U. Brinkmann, H. L. Choi, R. Detje, K. Dörre, H. Holst, S. Karakayali, und C. Schmalstieg angehören. Die Studie bietet einen Überblick über die reichhaltige internationale Forschungsliteratur. Den Artikel verantwortet selbstverständlich der Autor.

FANTÔMAS
MAGAZIN FÜR LINKE DEBATE UND PRAXIS

BELEGPREIS IN AL-ANALISE & DITTE
4,50 € (inkl. 1 € Mehrwertsteuer)

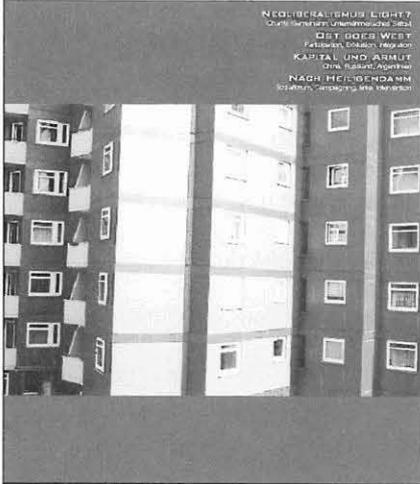
NEUES SOZIALES KAPITAL

NEOLIBERALISMUS LIGHT?
Gemeinsinn, unternehmerisches Selbst

Ost goes West
Partizipation, Exklusion, Integration

KAPITAL UND ARMUT
China, Russland, Argentinien

NACH HEILIGENDAMM
Sozialforum, Campaigning, linke Intervention



Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)

Bestellungen an: vertrieb@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de



Foto: Christian Kiel

Das politische Mandat auf dem Prüfstand

Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften

im Finanzmarktkapitalismus

von Richard Detje und Otto König



Wenn der SPD-AfA-Vorsitzende eine klar definierte To-Do-Liste für die zweite Hälfte der großkoalitionären Regierungszeit fordert, ist die Erwartungshaltung klar: Otmar Schreiner möchte den Schwung des Hamburger Parteitages nutzen, bevor das Agenda-Team Steinmeier, Steinbrück und Scholz die Durchsetzungsmacht der politischen Exekutive gegenüber der Willensbildung der Partei wieder festschreibt. Schreiner weiß, dass das Profil der SPD nach Jahren der Entsozialdemokratisierung nicht kurzfristig restauriert werden kann. Weder durch die überfällige Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, noch durch die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose. Agenda 2010 und Hartz-Gesetze haben eine Politik der sozialen Unsicherheit und Existenzangst in die Betriebe getragen – gegen den sozialstaatlich geprägten Mehrheitswillen der Gesellschaft und protestierende Gewerkschaften. Man hat den Bruch des historischen Bündnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht verstanden, wenn man meint, er ließe sich durch ein paar wahlkampforientierte Nachjustierungen aus der Welt schaffen.

↳ Richard Detje, ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter von www.wissentransfer.info.

↳ Otto König, ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gevelsberg-Hattingen und Mitglied im Vorstand der IG Metall.

□ Abwicklung des Rheinischen Kapitalismus

Die »Leistung« sozialdemokratischer Regierungspolitik seit 1999 besteht darin, die Transformation des Rheinischen Kapitalismus vorangetrieben zu haben: mit der Abwicklung der Deutschland AG, der Ausweitung der Niedriglohnssektoren und der schrittweisen Privatisierung sozialer Sicherung als gleichsam strategische »Reformen«. Durchgesetzt gegen eine durch Massenarbeitslosigkeit in die Defensive gedrängte zivilgesellschaftliche Opposition und geschwächte Gewerkschaften.

Nirgendwo anders in der Europäischen Union sind die Löhne und Gehälter derart von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums abgekoppelt wie in Deutschland. Die Folge: Mit der Inflationierung der Gewinneinkommen kommt es zur beschleunigten Ausbreitung des Finanzmarktkapitalismus. Ebenso frappierend ist die Dynamik im unteren Einkommensbereich. Deutschland ist in den zurückliegenden zehn Jahren das Land mit der stärksten Zunahme der Lohnspreizung, wodurch es sich mittlerweile Maßstäben sozialer Ungleichheit angenähert hat, die man aus der Welt des angelsächsischen Kapitalismus kennt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Orientierung an einem wettbewerbskorporatistischen Sozialmodell, das die Kommodifizierung der Arbeitskraft ebenso vorantreibt wie die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Soziale Verwerfungen sind die Folge: Verarmung und Prekariisierung im unteren Drittel der Gesellschaft, Druck auf Teile der so genannten Mittelklasse, wo auch diese nicht mehr in der Lage sind, durch kapitalmarktorientierte Zusatzversicherungen den Leistungsabbau des alten Sozialstaats zu kompensieren. Und als Damoklesschwert hängt über allem die allgegenwärtige Angst um den Arbeitsplatz.

In diesem Regimewechsel verändert sich das Verhältnis von Gewerkschaften und Politik. Erstens in Folge der Interventionen der politischen Mehrheitsklasse, denn die skizzierten Entwicklungen ereignen sich nicht gleichsam unbewusst hinter

dem Rücken der Akteure. Die Abwicklung der »Deutschland AG« war ebenso ein erklärtes rot-grünes Projekt wie die Umwälzung der Arbeitsmärkte und die Beerdigung der lebensstandardsichernden Altersrente. Zweitens: Diese politischen Interventionen bedeuten in jedem Einzelfall eine Neuverteilung von ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Macht – auf Kosten und zum Nachteil der Lohnarbeit und der Gewerkschaften, ohne dass es dazu gleichsam des »letzten Schritts« der Suspendierung von gesetzlichen Errungenschaften bedarf. Der Kündigungsschutz kann ebenso wirksam durch Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse ausgehöhlt und die Mitbestimmung stumpf werden durch die Zentralisierung strategischer Entscheidungen in zunehmend dezentral organisierten Unternehmen. Drittens durch die Veränderung des Regulationssystems. Der Finanzmarktkapitalismus erachtet Löhne tendenziell nicht mehr als Verhandlungsgröße, die zwischen den Tarifvertragsparteien streitig vereinbart werden. Löhne gelten in der politischen Ökonomie des Finanzmarktkapitalismus als das, was im Wertschöpfungsprozess übrig bleibt, nachdem die Ansprüche der Shareholder restlos befriedigt sind. Dieses Regulationsprinzip ist nicht mehr pluralistisch, sondern monistisch und autoritär gerade in jenen Politikfeldern, die gewerkschaftliche Kerngeschäftsfelder sind: in der Tarif- und Betriebspolitik.

□ Veränderungen im politischen Feld

Es bleibt aber nicht bei diesen Defensiv-Faktoren. Hinzu kommt, dass traditionelle Instrumente politischer Intervention von Gewerkschaften ausgehebelt werden. Die erste Ebene ist die Aufkündigung korporatistischer Arenen. Mit jedem Schritt der – scheinbar effizienzversprechenden – Einschränkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung verlieren Gewerkschaften institutionelle Einflussmacht. Das Bündnis für Arbeit war in den 1990er Jahren der letzte Großversuch von gewerkschaftlicher Seite gewesen, institutionellen Einfluss zu sichern, den Unternehmen und Regierung politisch bereits demontiert und nur bei Akzeptanz der Subalternität der politischen

Ökonomie der Lohnarbeit konserviert hätten. Er war von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Die zweite Ebene schließt hieran an: die Erosion gewerkschaftlicher Lobbykraft. Auch wenn man nicht so weit geht, auf Gewerkschaften zur Gewinnung politischer Mehrheiten – also als Wahlkampfunterstützung – verzichten zu wollen, ist doch der Preis, den sie dafür verhandeln können, deflationär abgewertet. Umgekehrt beflößigt man sich im »Kampf um die Mitte« einer gehörigen Portion antigewerkschaftlicher Rhetorik, und sei es, um die Dürftigkeit der eigenen Modernisierungsphrasen zu kaschieren. Die dritte Ebene lässt sich als Krise der Repräsentation beschreiben. Sie hat verschiedene Facetten. Dazu gehört die soziale Auszehrung und Bürokratisierung der Parteien und deren Funktionsverlust im politischen System. Dazu gehört der Bedeutungsverlust des Parlaments gegenüber der politischen Exekutive. Dazu gehört schließlich, dass Politik als gut dotiertes Berufsfeld eine wachsende Zahl politischer Oblaten geschaffen hat, mit »keine(r) andere(n) Funktion, als sich selbst zu reproduzieren, indem sie den Apparat reproduzieren, der ihre Reproduktion garantiert. (Bourdieu)«

» Diese Veränderungen im politischen Feld haben im zurückliegenden Jahrzehnt eine enorme Beschleunigung erfahren. Neben der Verstärkung der sozio-ökonomischen Transformationsprozesse im Zuge der Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus spielt die »Modernisierung« der Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle, wurde doch dadurch über wechselnde Mehrheitsverhältnisse hinweg (zur Erinnerung: im Jahr 2000 hatten 13 von damals 15 EU-Mitgliedsländern sozialdemokratische Regierungsmehrheiten) eine Politik möglich, die auf drei Prämissen aufbaut: erstens dem Ende demokratischer Wirtschaftssteuerung unter Globalisierungsbedingungen, zweitens der Unmöglichkeit einer Umverteilung von oben nach unten zur Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge und drittens dem Vorrang privater Risikovorsorge vor kollektiven Lösungen für die aus den Widersprüchen des Kapitalismus erwachsenden sozialen Probleme.

□ »Modernisierung« der Sozialdemokratie

Dass sich diese Prämissen einer auch in zaghaften Ansätzen nicht mehr gesellschaftsverändernden, sondern nur noch zu Korrekturen von vereinzelten Fehlentwicklungen fähigen Politik in der Sozialdemokratie durchsetzen konnte, was zum politischen Bruch mit den Gewerkschaften führen musste, begründet sich u.a. aus Veränderungen in der sozialen Basis und in der Führung der Partei.

(a) Der Anteil der Arbeiter an der SPD-Mitgliedschaft sinkt kontinuierlich, nur noch 7% der Neueintritte kann die Sozialdemokratie aus dieser sozialen Gruppe rekrutieren. Bevor dies als Modernisierungsvorsprung der Partei gegenüber der Gewerkschaft interpretiert wird: In der SPD hat sich der Anteil der unter 29-Jährigen mehr als halbiert. Und: Auch auf dem »Dritten Weg« ist es der modernisierten Sozialdemokratie nicht gelungen, die Arbeitskraftunternehmer und high professionals zu rekrutieren und mit ihnen eine Erneuerung ihrer sozialen Basis zu betreiben.

Fakt ist hingegen, dass die Verknüpfung der SPD mit dem Erwerbssystem fragiler wird. Voraussichtlich im berühmt-berüchtigten Jahr 2010 besteht die Hälfte der Parteimitglieder aus über 60-Jährigen. Mitglieder im Erwerbssystem werden zur Minderheit. Anders formuliert: In der SPD werden Interessenkonflikte und Auseinandersetzungen ausgetragen, die – sofern man sie an die Mitgliedschaft zurückbindet – auf verschiedenen Verteilungsebenen angesiedelt sind, aber lebensgeschichtlich immer weniger an reale Wertschöpfungsprozesse rückgebunden sind. Das reflektiert einen strukturellen Entfremdungsprozess zu Gewerkschaften unabhängig vom »Wollen« der Akteure.

(b) Im politischen System findet ein Elitenwechsel statt, der – so Anke Hassel – eine Anomalie der staatsinterventionistischen Nachkriegsgeschichte beseitigt: die Aufnahme der Gewerkschaften in die ökonomische und politische Elite des Landes. Ihre politische Wertschätzung hat auf Seiten der politischen Klasse rapide abgenommen. So geht

die gewerkschaftliche Organisation von Bundestagsabgeordneten seit den 1990er Jahren stetig zurück und dürfte mittlerweile auf unter die Hälfte gefallen sein. Dies ist Ausdruck eines grundlegend veränderten Verständnisses des politischen »Geschäfts«: die Vertretung organisierter sozialer Interessen gilt als nicht mehr »professionell«. Gewerkschaften werden in dieser Rolle im politischen System nicht mehr nachgefragt. Ihre Rolle haben so genannte Expertenkommissionen, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Lobbyisten, Think Tanks eingenommen.

Dort, wo ein politischer Konsens nicht mehr durch gemeinsame Wertorientierungen und beiderseitige soziale Interessen verfolgende politische Projekte gegeben ist, werden politische Bündnisse zu einer Frage des Kalküls, wie viel elektorale Unterstützung Gewerkschaften in die Waagschale werfen können. Die Erosion gewerkschaftlicher Macht führt zu einer »strategischen Entflechtungsentscheidung« (Regine Trampusch) auf Seiten der Mitte-Links-Parteien, die Gewerkschaften zunehmend als politische Blockadeinstanz wahrnehmen.

□ Gewerkschaftliche Strategiedebatte

Gewerkschaften – vor allem in Deutschland – hatten lange Jahre Probleme, auf den Prozess des »Delinking of Labour« (Hans Piazza) zu reagieren. Zu sehr waren sie – und sind sie in ihrem Selbstverständnis z.T. bis heute – einer Politik verpflichtet, die weniger auf Mobilisierung von Mitglieder macht, denn auf institutionellen Einfluss setzt. Zu sehr waren sie einer Politik der Selbstgenügsamkeit verpflichtet, die auf Tarifpolitik und parteipolitisch-parlamentarische Lobbyarbeit setzt. Zu sehr hofften sie, mit einer Strategie des Überwinterns über die Runden kommen zu können, auch getrübt durch den »Glauben« an einige wettbewerbspolitische Dogmen (»hohe Lohnnebenkosten«). Bis zur Agenda 2010 waren die Mehrheiten im DGB in einem selbstgebastelten Käfig des Immobilismus gefangen. In der Defensive schätzte man die Möglichkeiten politischer Mobilisierung als zunehmend marginal ein. Und selbst wenn: Was konnte das

mehr sein als politisches Harakiri, als kraftschreiender Populismus, der doch nur Ohnmacht, aber letztlich nicht politische Erfolge generiert?

Der Schwebestand endete mit der Agenda 2010. Die Jahre 2003-2007 sind Zeugnisse einer beachtlichen autonomen Politisierung der Gewerkschaften. Überwinterungsstrategien gehören der Vergangenheit an, die Notwendigkeit der Aktualisierung des politischen Mandats ist jenseits syndikalistischer und korporatistischer Bastionen unstrittig. Die innergewerkschaftliche Strategiedebatte geht im Wesentlichen darum, ob eine Konzentration auf Organisations- und Betriebspolitik zur Mitgliedergewinnung Voraussetzung ist, um später gestärkt auf dem politischen Feld agieren zu können. Oder ob ein integrierter Strategieansatz erfolgversprechender ist, der auch aus politischer Aufklärung und Mobilisierung Selbstbewusstsein und öffentliche Anerkennung für die Rolle der Gewerkschaften in ihren Kernfeldern wie unter den zivilgesellschaftlichen AktivistInnen schöpft.

» Für letzteres spricht, dass sich Kernfelder und politisches Mandat stärker durchmischen. Dafür steht die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ebenso wie der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Rente mit 67 und die Kampagne »Gleiches Geld für Gleiche Arbeit«. Allgemeiner formuliert: Der Finanzmarktkapitalismus erfordert ein neues Regulationssystem, für das politisch gefochten werden muss.

□ Pluralisierung der politischen Linken

An dieser Stelle kommt die parteipolitische Neuformierung der Linken ins Spiel. Ohne Zweifel: Die LINKE hat die Karten im politischen Feld neu gemischt. Sie kann die Mobilisierung gegen Hartz IV ebenso als oppositionspolitisches Ass ausspielen wie Forderungen nach aktiver Beschäftigungspolitik durch öffentliche Investitionen, einem gesetzlichen Mindestlohn und einem lebensstandardsichernden gesetzlichen Rentensystem. Und die Regeln des politischen Feldes zwingen zur Reaktion

– von der Sozialdemokratie über die Grünen bis zu den Christdemokraten: reines Aussitzen geht nicht. Damit hat die LINKE eine Öffnung des politischen Feldes durchgesetzt, die eine Politik der Abschottung gegenüber der Zivilgesellschaft zumindest erschwert.

Die damit herbeigeführte Pluralisierung der Linken ist Teil einer umfassenderen Neuformierung. Deren Verlauf ist freilich wenig vorbestimmt. Die LINKE muss ihre Position im politischen Feld erst noch finden. Das schließt die Positionierung gegenüber den Gewerkschaften ein. Hier ein Verhältnis gleichsam »natürlicher« Bündnispartner zu erwarten, wäre naiv. Die gewerkschaftliche Verankerung der alten PDS war immer marginal. Was aus der LINKEN wird, hängt entscheidend davon ab, welche soziale Basis sie in der Gesellschaft findet – und damit, wie sie sich gegenüber der Zivilgesellschaft aufstellt.

» Die Gewerkschaften haben sich mehrheitlich seit 2003 frei geschwommen. Sie sind politischer geworden und lernen die Vorteile einer pluralistischen Linken zu schätzen. Sie spielen eine absolut unverzichtbare Rolle in der Mobilisierung der Zivilgesellschaft – in allen Fragen, in denen es um die soziale Regulierung eines entgrenzten finanzmarktkapitalistischen Regimes geht. Dass das Widersprüche gegenüber anderen sozialen Bewegungen und deren Optionen einschließt, ist selbstverständlich; auch in der Zivilgesellschaft gibt es keine »natürlichen« Partnerschaften. Fortschritte zeigen sich in belastbaren Bündnisbeziehungen auch in Widerspruchssituationen, die Mobilisierungs- und Aufklärungsallianzen ermöglichen. Die Öffnung des politischen Feldes kann nicht nur in diesem, sondern hat entscheidend aus der Zivilgesellschaft heraus zu erfolgen. In dem Maße, wie das gelingt, kann es zu einer tatsächlichen Neugründung von gesellschaftlicher und politischer Linken kommen. ■

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppeneinstellungsspiele
 Spiele zur Gruppenarbeit
 Interkulturelle Spiele



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937





Foto: Christian Kiel

Das Verhältnis von Gewerkschaften und SPD

von Andreas Steppuhn



SPD und Gewerkschaften haben nicht nur gemeinsame Wurzeln, sondern können auch auf eine traditionell gute Zusammenarbeit zurückblicken. Sicherlich es gab Zeiten der politischen Nähe, aber auch Zeiten, in denen man in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen unterschiedlicher Auffassung gewesen ist. Beispielhaft hierfür ist die Auseinandersetzung um die Agenda 2010 der damaligen rot-grünen Koalition zu nennen.

□ Agenda 2010 belastet die Beziehungen

Die DGB-Gewerkschaften haben diese Reformpolitik zu Recht als falsch bezeichnet und angeprangert. Noch nie hat ein Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender, wie es Gerhard Schröder getan hat, das Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften derartig belastet. Viele Gewerkschafter haben Gerhard Schröder seine „Basta-Politik“ übel genommen. Immerhin waren es die Gewerkschaften, die sich bei den vorangegangenen Bundestagswahlen klar zu den Sozialdemokraten bekann und sich 1998 für die Ablösung der Regierung Kohl stark gemacht haben. Damit verbunden war nicht zuletzt die Hoffnung auf eine arbeitnehmerfreundlichere Politik.

Die Agenda 2010 hat die Menschen zutiefst verunsichert. Bis ins bürgerliche Lager, in die sogenannte Mittelschicht hinein, hat die Angst vor Arbeitslosigkeit Platz gegriffen. Die Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung, immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und unbefristete Leiharbeitsverhältnisse haben es den Gewerkschaften schwer gemacht, die Menschen in den Betrieben zu organisieren und zu vertreten. Die Gewerkschaftsarbeit wurde damit geschwächt.

SPD und Gewerkschaften haben durch die Auseinandersetzung um die Agenda 2010 Schaden genommen. Viele Gewerkschaftsmitglieder haben es den Bundes- und Hauptvorständen der Gewerkschaften, die sich seiner Zeit für die Sozialdemokraten stark gemacht und damit Partei ergriffen haben, übel genommen. Aber auch die Sozialdemokraten haben Mitglieder in Scharen verloren. Gerade an der Basis sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die es bis dahin selbstverständlich gewesen war, gleichzeitig Gewerkschafter und Sozialdemokrat zu sein, aus der Partei ausgetreten.

□ SPD geht wieder auf Gewerkschaften zu

Die SPD muss ein elementares Interesse daran haben, dass Gewerkschaften in den Betrieben organisationspolitisch, aber auch gesellschaftspolitisch wieder gestärkt werden. In den vergangenen Monaten ist es daher gelungen, das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften spürbar verbessert. Kurt Beck hat mit der Übernahme des SPD-Parteivorsitzes den Kontakt zu den Gewerkschaften intensiviert und neue Brücken geschlagen. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Beschlüsse des Hamburger Parteitages sind Signale gewesen, die bei den Gewerkschaften angekommen sind. Was aber noch wichtiger ist: Sie wurden auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verstanden!



» Nach den schwierigen Auseinandersetzungen um die Agenda 2010, die Gesundheitsreform und die „Rente mit 67“ haben SPD und Gewerkschaften wieder näher zueinander gefunden. Für die Sozialdemokraten ist es jetzt wichtig, die Hamburger Beschlüsse zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit Leben zu erfüllen und somit ein Stück Glaubwürdigkeit bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückzugewinnen. Die Themen „Mindestlohn“ und „Leiharbeit“, aber auch die Vorschläge zu flexiblen Altersübergängen sind dafür geeignet, politische Gemeinsamkeiten zu befördern. Zugleich hat die SPD die Chance und die Verpflichtung, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik neu auszurichten und so das „soziale Profil“ wieder zu schärfen.

□ Bedürfnis nach Gerechtigkeit

Die Sehnsucht der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit und einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist in unserer Gesellschaft so groß wie nie zuvor. Gerade das Thema „Mindestlohn“ und auch die jüngsten Auseinandersetzungen um die Mindestlöhne bei den Beschäftigten von Postdienstleistern erfordern, dass die Gewerkschaften die sozialdemokratischen Bemühungen außerparlamentarisch unterstützen.

Der neue Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Olaf Scholz und die frisch gewählte arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles werden und sollten die Chancen nutzen, um die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik innerhalb der großen Koalition und damit in Deutschland neu zu justieren.

» Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich aber nur dann wieder mehr mit sozialdemokratischer Politik identifizieren, wenn sie das Gefühl haben, dass Reformen sich positiv auswirken und damit ihre persönliche Situation verbessern und nicht verschlechtern.

□ Unterschiedliche Aufgaben – ähnliche Ziele

Bei all der offensichtlichen thematischen Nähe und den gemeinsamen Wurzeln muss jedem gleichzeitig aber auch klar sein: Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben unterschiedliche Aufgabenstellungen und Funktionen. Gerade in den letzten Monaten wurde von den Gewerkschaften aber auch erkannt, wie wichtig die Zusammenarbeit mit SPD-Politikern auf der Fachebene und in der SPD-Bundestagsfraktion ist.

Ohne diese Zusammenarbeit und den damit verbundenen gestalterischen Einfluss, den die Gewerkschaften nehmen konnten, wären Vorhaben wie beispielsweise das Saisonkurzarbeitergeld im Baugewerbe, die Pflegereform oder das Gebäudesanierungsprogramm zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes wohl nicht so umgesetzt worden, wie es geschehen ist. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle auch die Mindestlöhne für die Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk.

» Mit dem Entsendegesetz und der Möglichkeit, Mindestlöhne über die Allgemeinverbindlichkeit per Rechtsverordnung einzuführen, ist die Grundlage dafür geschaffen worden, dass mittlerweile bereits seit Jahren bestehende Mindestlöhne im Baugewerbe, im Maler- und Lackiererhandwerk, im Dachdeckerhandwerk und im Abbruch- und Abwrackgewerbe entstanden sind. Sie sind erst durch das Zusammenwirken von SPD und Gewerkschaften möglich geworden.

□ Sachlichkeit statt Populismus

Gerade jetzt zur Halbzeit der großen Koalition von SPD und Union in Berlin, wo die Unterschiede von beiden Koalitionspartnern gerade im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik immer deutlicher werden, können beide Seiten, d.h. sowohl Gewerkschaften als auch die SPD, von einem engen Schulterschluss partizipieren.

» Dass die SPD in den vergangenen Monaten immer intensiver ihre Bereitschaft gezeigt hat, die Agenda 2010 eben nicht als Dogma zu betrachten, sondern eine Fortentwicklung im Sinne der Menschen zuzulassen, macht deutlich, dass der Arbeitnehmerflügel in der SPD im Aufwind ist. Der vorgelegte Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion zeigt zudem deutlich, dass sich einiges bewegt hat. Dass die SPD sich eindeutig bei den Themen „Mindestlöhne und Leiharbeit“ positioniert hat, macht klar, auf welcher Seite der Gesellschaft sie steht. Das, was sich hinter der Kampagne „Gute Arbeit“ verbirgt, enthält viele Vorschläge der DGB-Gewerkschaften und der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA).

Der SPD-Gewerkschaftsrat, der mit Kurt Beck zu neuer Blüte erwacht ist, aber auch die gemeinsamen Arbeitsgruppen von Partei, Bundestagsfraktion und Gewerkschaftsvertretern werden auch in Zukunft eine große Bedeutung haben. Viele Gewerkschafter haben erkannt, dass es allemal besser ist, mit der Regierungspartei SPD zusammenzuarbeiten, als sich einzig und allein auf den Dialog mit der Linkspartei zu beschränken, deren einzige Politik und Taktik es ist, den Gewerkschaften nach dem Mund zu reden, alles abzulehnen und populistische Parolen zum Besten zu geben. Diese Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern im Deutschen Bundestag war und ist trotz der harten Auseinandersetzungen bei politischen Schwerpunktthemen auf der Fachebene dennoch immer von Sachlichkeit und Pragmatismus geprägt gewesen. Während sich dagegen die FDP noch nie mit arbeitenden Menschen identifizieren konnte und mittlerweile selbst die Partei von Bündnis 90/Die Grünen zumindest ansatzweise erkannt hat, welche Bedeutung die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland hat, verliert im gleichen Atemzug der Arbeitnehmerflügel in der CDU immer mehr an Bedeutung. Der Wirtschaftsflügel der CDU hat in der praktischen Parlamentsarbeit fast immer das letzte Wort.

□ Die Menschen mitnehmen!

Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften ist spürbar besser geworden. Für die große Mehrheit sozialdemokratischer Bundespolitiker ist unstrittig, dass ein gutes Verhältnis und die Einigkeit bei zentralen Vorhaben in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unabdingbar für zukünftige Wahlerfolge bei Bundes- und Landtagswahlen sind.

» Die SPD ist und bleibt die Partei der „kleinen Leute“ und sie ist dabei, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität neu zu definieren. Möglichst alle Menschen in der Gesellschaft mitzunehmen, dies ist das Ziel und die Aufgabe, dass die SPD mit den Gewerkschaften eint. Dies ist auch mit dem neuen SPD-Grundsatzprogramm deutlich geworden.

Ob dieses gelingt, dafür wird maßgeblich entscheidend sein, welche Antworten auf die dringenden gesellschaftspolitischen Fragen der Zukunft gegeben werden. Drohende Altersarmut, Kinderarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse, Lohn- und Sozialdumping, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit in einem der reichsten Industrieländer der Welt – hierauf muss eine sozialdemokratische Partei, die zum Sozialstaatsgebot steht, Antworten geben. Die Gewerkschaften fordern dieses zu Recht ein. Die Umverteilung von unten nach oben und Reichtum für nur wenige in der Gesellschaft werden die Menschen auf Dauer nicht akzeptieren.

SPD und Gewerkschaften sollten gemeinsam in einen Dialog eintreten und Antworten zu finden, die die Menschen in Deutschland wieder sagen lassen „Ja, das ist die Politik, die wir uns wünschen und unterstützen!“ ■

⇒ Andreas Steppuhn, MdB (SPD), Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, lebt in Seehausen/Börde (Sachsen-Anhalt).



Foto: www.photocase.com; © martinelli

» Im Mittelpunkt der aktuellsten und vielversprechendsten Strategieansätze gewerkschaftlicher Erneuerung und Revitalisierung steht das sogenannte Organizing. Organizing stellt eine kampagnenorientierte Form des Aufbaus betrieblicher Interessenvertretung sowie der gewerkschaftlichen Mitgliedergewinnung dar. Die eingesetzten Organizingstrategien sind vielfältig und finden sich in der Regel kombiniert eingesetzt.

Über ein spezifisches methodisches Vorgehen werden Beschäftigte in einem Betrieb für ihre eigenen Interessen aktiviert und zugleich systematisch neue Mitglieder gewonnen. Die Ansprache der potenziellen Mitglieder erfolgt in einem begrenzten Zeitraum als konzentrierte Aktion durch ausgebildete Organizer.

» Ausgangspunkt einer Organizing-Kampagne sind innerbetriebliche Konflikte, die von den Beschäftigten als solche wahrgenommen werden. Die detaillierte Planung und Durchführung von Kampagnen erfordern mehrere Monate. An ihnen beteiligen sich oft gesellschaftliche Gruppen (Kirchen, attac, etc.) und soziale Bewegungsaktivisten.

Von den USA lernen, ...

Organizing:

Mitgliederwerbung und Aktivierung

von Juri Hälker



□ Erfolge in den USA

In den USA gab es immer schon Organizer, hauptamtliche Funktionäre die versuchten aus gewerkschaftsfreien Betrieben Union Shops zu machen. In den neunziger Jahren kamen neue Strategien hinzu. Organizingakademien entwickelten systematisch und wissenschaftlich Strategien und Taktiken, die den Seminarteilnehmern vermittelt wurden. Dieses Vorgehen erzielte eindrucksvolle Erfolge.

Der us-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU gelang es, innerhalb von rund zehn Jahren die Anzahl der Mitgliedschaft zu verdoppeln. Im gleichen Zeitraum ging der Organisationsgrad der meisten im Dachverband AFL/CIO zusammengeschlossenen Gewerkschaften massiv zurück. Gegen diesen negativen Trend konnten nur jene Gewerkschaften bestehen, die konsequent auf Organizing setzten. Der Erfolg der us-amerikanischen Gewerkschaften blieb auch jenseits des Atlantiks bzw. des Pazifiks nicht unbemerkt. So importierten die britischen, irischen und australischen Gewerkschaften schon vor Jahren die Organizingkonzepte aus den USA und gründeten eigene Organizingakademien an denen gezielt professionelle Organizer ausgebildet werden.

□ Krise aussitzen oder Organizing?

In Australien war dem Einsatz von Organizing ein langjähriger Niedergang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades vorausgegangen. Die Gewerkschaften sahen sich einer beispiellosen Aggression von Kapital und Politik ausgesetzt. Lehrreich für die deutsche Praxis dürften jene Erfahrungen sein, die zeigen wie passiv die Gewerkschaften auf die Krise reagierten und diese hofften aussitzen zu können. Den harten Bruch mit einer Praxis, die immer weniger Erfolge erzielte scheuend, verharrten gerade die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in den Vorständen in ihrem business as usually. Und das, obwohl die vorliegenden Projektionen detailliert aufzeigten, dass die australische Gewerkschaftsbewegung in nur wenigen Jahren mitgliederschwach, einflusslos und hoch verschuldet sein würde. Bis heute hat nur ein Teil der australischen Gewerkschaftsbewegung den Erneuerungsprozess eingeleitet, dies jedoch mit ersten Erfolgen.

» Warum gerade den jahrelang in ihren Funktionen sozialisierten Gewerkschaftshauptamtlichen (aber in vielen Fällen auch den Ehrenamtlichen) eine Neuausrichtung auf aktive Organizingstrategien schwer fällt, wird deutlich, betrachtet man die harten Arbeitsbedingungen us-amerikanischer Organizer. Der inzwischen in Deutschland tätige Organizer Jeffrey Raffo berichtet in dem neu erschienenen Organizingbuch „You never work alone“ (VSA-Verlag 2007): „Im Laufe einer Organizing-Kampagne bekamen Organizer nur jede dritte Woche ein Wochenende und nach drei bis vier Monaten Kampagne eine ganze Woche frei. Ansonsten verbrachten wir zehn bis 18 Stunden am Tag hauptsächlich mit den sich organisierenden Kollegen“. Neben dem immensen Einsatz auf der Straße, vor dem Betriebstor, bei den Beschäftigten zu Hause kann vor allem das Selbstverständnis der Organizer als Unterschied zur üblichen Tätigkeit deutscher Gewerkschaftsfunktionäre gezählt werden. Organizer setzen auf Aktivierung. Sie helfen den Beschäftigten ihre Interessen selbst durchzusetzen und lehnen die klassische

Stellvertreterrolle ab. Organizing heißt somit immer auch Politisierung und führt im Ergebnis zu einer Verbreiterung der gewerkschaftlich aktiven Basis.

□ Mit Organizing zu globalen Gewerkschaften

Dass eine solche Vorgehensweise auch in Deutschland praktikabel ist, bewies die Gewerkschaft Verdi bei ihrem exemplarischen Organizingprojekt im Hamburger Sicherheitsgewerbe. Hier konnten innerhalb eines Jahres rund 400 neue Mitglieder, Betriebsratswahlen und ein Tarifvertrag mit höheren Einkommen durchgesetzt werden. Möglich wurde dieser Hamburger Probelauf für ein deutsches Organizing durch die personelle Unterstützung der us-amerikanischen SEIU. Zum zentralen Strategieansatz der SEIU gehört die weltweite Verbreitung der Organizingstrategien. Dazu hat die SEIU zahlreiche Hauptamtliche abgestellt, die bspw. in Europa Gewerkschafter schulen und bei ihren Kampagnen unterstützen. Die SEIU verfolgt damit eine Strategie, die darauf zielt, in weltweit operierende Unternehmen die Beschäftigten allerorts gewerkschaftlich zu organisieren. Dieser Orientierung liegt die Zielsetzung zu Grunde, global agierende Konzerne zu weltweit geltenden Arbeitsstandards zu verpflichten. Möglich werden dann auch Streikaktionen, die nicht an Staatsgrenzen enden, sondern einen Konzern in vielen Ländern zeitgleich in die Zange nehmen. In den USA haben die Gewerkschaften unlängst in kampfstarken Städten, wie Chicago, New York oder Las Vegas, nicht nur einen verbesserten Tarifvertrag für die in den dortigen Hotels der Hiltonkette Beschäftigten durchgesetzt, sondern zugleich das Unternehmen darauf verpflichtet die Gewerkschaft auch an allen anderen Standorten anzuerkennen, auch wenn dort nur ein sehr geringer Organisationsgrad vorherrscht. In einem weiteren Beispiel setzten Gewerkschafter in den USA ein Unternehmen unter Druck welches auch in Großbritannien aktiv war und dort keinen Tarifvertrag unterzeichnen wollte. Langfristig zielen einzelne US-Gewerkschaften auf die Bildung globaler Gewerkschaften

ab. Transnationale Konzerne, exemplarisch gut sichtbar bei den Immobiliendienstleistern, dem Reinigungs- und Sicherheitsgewerbe, agieren weltweit und arbeiten mit ihren standardisierten Dienstleistungen u.a. für andere transnationale Konzerne. Bei diesen Immobiliendienstleistern finden sich einerseits viele gering qualifizierte sowie zum Teil legal, wie illegal arbeitende Lohnabhängige mit Migrationshintergrund beschäftigt. Die SEIU hat in den USA unter Beweis gestellt, dass es möglich ist, diese traditionell als schwer erreichbare Gruppen geltenden Beschäftigten erfolgreich zu organisieren. Dabei fokussieren die Gewerkschaften darauf, dass es sich bei diesen Beschäftigungssegmenten im Service-, Sicherheits-, Immobilien- und Hotelgewerbe um Wachstumssektoren handelt, die zudem anders als Warenproduktionsstätten ortsgebunden sind und kaum von Standortverlagerungsdrohungen erfasst werden können.

und zweiwöchigen Streik zu führen. Auch viele unorganisierte Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich. In wie weit Organizing in den klassischen Industriesektoren für die deutschen Gewerkschaften interessant sein könnte, müssen zukünftige Projekte noch zeigen, die in diversen Gewerkschaftszentralen zurzeit allerdings ernsthaft diskutiert werden.

Vor dem Hintergrund sich ausbreitender Leiharbeit und Fremdfirmeneinsatz sehen sich die Belegschaften in traditionellen Großbetrieben zunehmend fragmentiert. Industriegewerkschaften wie die IG Metall sind gezwungen, neue Wege der Handlungsfähigkeit zu entdecken. Die Nutzung von Elementen der Organizingstrategien muss daher dringendst in Testläufen erprobt werden. Die positiven Erfahrungen, nicht nur in den USA sondern auch in anderen entwickelten kapitalistischen Staaten, lassen trotz spezifisch anderer Bedingungen in den industriellen Beziehungen die Nutzung von Organizing auch in Deutschland als sinnvoll erscheinen.



Foto: Christian Kiel

□ Organizerausbildung in Deutschland

Unabhängig ist dabei die Anpassung der Organizingstrategien an die konkrete Projektsituation, eine gründliche Fallrecherche und all dem vorgeschaltet, die Schulung von ehren- und hauptamtlichen Organizern. Hierzu entstehen zurzeit erste gewerkschaftliche Lehrgangprojekte. Auch an den Universitäten wenden sich Gewerkschaftssoziologen dem Thema Organizing in Theorie und Praxis zu. Nicht zuletzt sei auf das steigende Interesse an der gewerkschaftlichen Basis verwiesen, wo eine zunehmende Zahl von Bezirken, Verwaltungsstellen und betrieblichen Vertrauenskörpern sich zum Thema Organizing in Abendveranstaltungen oder mehrtägigen Seminaren qualifizieren lassen. Eine Entwicklung, die darauf hinweist, dass Organizing nicht nur im großen Maßstab, sondern bald auch in einer Vielzahl lokaler Projekte seine Potenziale unter Beweis stellen kann. ■

□ Organizing im Großbetrieb

Inzwischen finden sich auch in Deutschland weitere Organizingprojekte, die an die Hamburger Erfahrungen, sowie an die Lidl-Kampagne anschließen und dabei auch größere betriebliche Einheiten in den Blick nehmen. Aktuell führt Verdi Organizingkampagnen in zwei Warenumschielagszentren in Hamburg und Ostdeutschland durch. An diesen Standorten sind jeweils knapp 2000 Beschäftigte beschäftigt. In einem guten halben Jahr konnte hier der Organisationsgrad von knapp 30 auf gut 45 Prozent erhöht werden. Zudem gelang es 70 Prozent der Beschäftigten in einen erstmaligen

↳ Juri Hälker, Gewerkschaftsforscher, lehrt an der Universität Duisburg-Essen und führt Gewerkschaftsschulungen zum Thema Organizing durch. www.Juri-Haelker.de, Juri.Haelker@uni-due.de.

Gewerkschaftspolitik mit neuen Mitteln

Für Mitbestimmung und Demokratie

– im Betrieb und überall!

von Wolfgang Rose und

Klaus-Dieter Schwetzscher



Foto: Christian Kiel

» Politische und Unternehmens-Entscheidungen werden in Zeiten der Globalisierung zunehmend ortsferner gefällt. Das erzeugt nicht nur bei den gewerkschaftlich organisierten KollegInnen und den anderen BürgerInnen ein Gefühl der Machtlosigkeit, sondern führt auch faktisch zu einem Verlust demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das eröffnet das Feld für Demagogie und Destruktion und wird zu einer Gefahr der Demokratie insgesamt.

In Deutschland wächst aber ein Kraut, das helfen kann, den Menschen Entscheidungsmöglichkeiten in ihrem direkten Umfeld zurückzugeben: die Direkte Demokratie! Und ver.di hat sich entschlossen, dieses, richtig angewandt heilsame, Kraut zu hegen und zu pflegen, es zu stärken und zu verbreiten.

Volks- und Bürgerentscheide schaffen ein Mehr an Demokratie in unserer Gesellschaft, und die kluge Nutzung dieser Instrumente stärkt die Aktions- und Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften.

ten. Sie gewinnen hierbei nicht nur Bündnispartner/-innen, sondern auch neue Gestaltungsmacht: Die Ökonomisierung der politischen Arena kann zurückgehalten, den Interessen der Mitglieder und ihrer Familien mehr Geltung verschafft werden. Den Erfolgen der Machtzentralen des Kapitals bei der Durchsetzung ihrer Interessen kann nicht nur die Vorstellung von einem menschlicheren Antlitz unserer Gesellschaft entgegengesetzt werden – es wird auch geschaffen. Dabei geht es nicht nur um Abwehrkämpfe, sondern auch um die Chance, selbst gestaltend zu wirken.

» Sich der Instrumente der Direkten Demokratie zu bedienen stärkt die Gewerkschaften, wenn sie sich bei der Themenauswahl möglichst unmittelbar an den Interessen ihrer Mitglieder orientieren – und sich dabei auf das Machbare und eine breite Basis fokussieren.



» Volksentscheide sind ein geeignetes Mittel, um z.B. gegen Privatisierungen vorzugehen. Sie erfordern nicht nur breite gesellschaftliche Bündnisse, sondern die Beteiligung an ihnen schafft und stabilisiert auch solche. Darüber hinaus wirken Volksentscheide emanzipierend. Die entscheidende Erfolgsvoraussetzung von Volksentscheiden liegt aber in fairen Durchführungsbestimmungen und dem Respekt der Parlamente vor dem qualifiziert artikulierten Volkswillen. Deshalb hat ver.di Hamburg dieses Instrument der Direkten Demokratie selbst angewendet, mehrfach unterstützt und setzt sich für dessen Ausbau ein. Darüber hinaus forderte der ver.di-Bundeskongress im Oktober 2007 seinen Bundesvorstand auf, sich gegenüber dem deutschen Bundestag für die Einführung des bundesweiten Volksentscheids einzusetzen.

Gewerkschaftliches und gesellschaftliches Engagement sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie fördern beide das Sozialkapital, wirken integrativ und bedingen einander. Ausländische empirische Studien belegen, dass je ausgeprägter direktdemokratische Rechte und Instrumente ausgebildet sind, desto umfangreicher und lebendiger ist das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. ver.di kann und will den in den neunziger Jahren begonnenen Aufschwung der Direkten Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gewerkschaftlich mitgestalten und nutzen.

» Gewerkschaftliche Aktionen und Gewerkschaftspolitik können nicht losgelöst betrachtet werden von dem gesellschaftlichen Umfeld, in dem sie stattfinden. Insofern sind die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Interessensvertretung und auch der gewerkschaftlichen Organisationsgrad naturgemäß Schwankungen unterworfen.

Gewerkschaften sind Selbsthilfeorganisationen. Sie existieren, weil Menschen sich zusammenschließen, um so ihre Interessen besser vertreten zu können. Gewerkschaften leben, weil und wenn Menschen mitmachen – bei ihrer Interessenvertretung. Gewerkschaften schaffen weitere Mitmachmöglichkeiten für ihre Mitglieder und die Beschäftigten und sind gelebte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Insofern haben Gewerkschaften auch ein vitales Interesse daran, dass Menschen bei der Politik mitmachen, sich einmischen – und vielfältig die Erfahrung machen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren. Neben dem Parlamentarismus, den Wahlen und der Parteiendemokratie können sie zusätzlich mit Hilfe der Direkten Demokratie, den Bürger- und Volksentscheiden, mitreden und mitbestimmen. Ziehen sich Menschen aus gesellschaftlichem Engagement zurück, schlägt das auch auf ihr gewerkschaftliches Engagement durch. Insofern entwickeln die Gewerkschaften ein Eigeninteresse an lebendiger Direkter Demokratie.

» Volksabstimmungen werden sich in allen Ländern zu einem hervorragenden zusätzlichen Instrument, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu verteidigen und durchzusetzen, entwickeln. Abhängig Beschäftigte und ihre Familien haben ein ausgeprägtes Interesse an staatlicher Daseinsvorsorge und geregelten Lebensverhältnissen. Direkte Demokratie kann dabei ein Mittel sein, sie zu sichern und auszubauen. Gewerkschaften werden sie nutzen, um Politikverdrossenheit und Deregulierung entgegenzutreten. Direkte Demokratie ist für Gewerkschaften ein zusätzliches Mittel mitzubestimmen!



Foto: Christian Kiel

Seit den neunziger Jahren kennen zumindest alle Bundesländer das Instrument von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid; viele Kommunen das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid; mit allerdings sehr unterschiedlichen Nutzungsgraden. Hier wird deutlich, dass die Direkte Demokratie ihre emanzipierende Kraft nur dann entwickeln kann, wenn Fairness in den Durchführungsbestimmungen und Verbindlichkeit in der Wirkung von Volks- und Bürgerentscheiden sichergestellt sind.

Viele Staaten kennen das Recht, dass die Bevölkerung nicht nur wählen darf, sondern in Einzelfragen direkt mitentscheiden kann. Die bekanntesten Fälle sind die Schweiz und der US-Bundesstaat Kalifornien. Die Bundespolitik kennt dieses Instrument des Volks- oder Bürgerentscheides noch nicht. Die aktuelle hiesige politikwissenschaftliche Diskussion wird aber mittlerweile überwiegend darum geführt, dass es bei der Frage des bundesweiten Volksentscheides in naher Zukunft weniger um das OB als um das WIE gehen wird.

□ Gewerkschaftliche Bewertung

- Politik ist immer auch geprägt von Lobbyarbeit. Insbesondere sogenannte „weiche Interessen“, wie zum Beispiel Interessen der Daseinsvorsorge, tun sich schwer, sich im Parlamentarismus verlässlich gegen „harte“, zum Beispiel ökonomische, Interessen durchzusetzen. Hier kann Direkte Demokratie zu einem Ausgleich der Interessensvertretung und -durchsetzung, z.B. gegenüber der Lobby des Kapitals, beitragen.
- Volksabstimmungen sind insbesondere in Hamburg, als gewerkschaftliche Aktionsform gewählt worden. ver.di Hamburg hatte sich gegen den Verkauf städtischer Krankenhäuser gestellt und dafür eine 77prozentige Zustimmung erhalten. Unter Federführung der GEW wurde die Privatisierung der Berufsschulen thematisiert. Infolge dieser Initiativen und des missachtenden Umgangs der Bürgerschaftsmehrheit mit Volksentscheiden hat sich ein mehr als dreißig Organisationen umfassendes Bündnis gebildet,

das seit gut drei Jahren, auf einer sehr respekt- und vertrauensvollen Basis, für die verbesserte verfassungsrechtliche Verankerung fairer und verbindlicher Volksentscheide kämpft. Die Interessen der betroffenen Beschäftigten und ihrer Familien wurden von ver.di und GEW auf die politische Agenda gehoben und in der Stadt breitest diskutiert. Dabei wurde die Interessensidentität zwischen GewerkschafterInnen und dem weitüberwiegenden weiteren Teil der Bevölkerung nicht nur verdeutlicht, sondern von Letzterem auch so gesehen und bewertet. Die Hamburger Gewerkschaften haben das von anderen errichtete Ghetto der „Lobby der Facharbeiter und Angestellten in ungekündigter Stellung“ wahrnehmbar verlassen. Sie haben die Tür dazu aufgestoßen, dass auch andere Konflikte in der Stadt zukünftig in einem breiten Diskurs bewältigt werden könnten – sei es ausgehend z.B. von den Hafentarbeiter/-innen oder den KollegInnen von EADS-Airbus

- Volksabstimmungen finden in der Regel im Verbund breiter gesellschaftlicher Bündnisse statt. Diese Prozesse erfordern, und eröffnen die Chance, dass sich die Gewerkschaften, über die Betriebe und Verwaltungen hinaus, in die Mitte der Gesellschaft stellen. Volksabstimmungen mit gewerkschaftlicher Beteiligung wirken für sie imagefördernd und öffnen Türen, die in beide Richtungen durchschritten werden. Das aktuelle Hamburger Bündnis für faire und verbindliche Volksentscheide reicht von nahezu dem gesamten linken Spektrum bis tief in das „bürgerliche“ Lager.
- Gewerkschaften sind darauf angewiesen, dass Menschen bereit sind, selbst für ihre Interessen einzutreten. Frust, Resignation und Rückzug ins Private schlagen von der politischen auf die gewerkschaftliche Ebene durch. Direkte Demokratie schafft zusätzliche Zugangskanäle in die politische Arena! Direktdemokratische Instrumente schaffen themenspezifische Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Direkte Demokratie kann neue Partizipationsressourcen und Identifikationspotenziale auf dem Weg von der „Zuschauer“ hin zu einer „Mitmachdemokratie“ erschließen.

- Ein defensives oder restriktives Verhältnis von Parlamentsmehrheiten zur direkten Demokratie ist nicht isoliert nur für das Volksabstimmungsverfahren zu sehen. Es ist eingebettet in die allgemeine Kampagne gegen Mitbestimmung und Mitwirkung der Bürger/-innen und ihrer Organisationen. Politik bereitet so auch das Feld, Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen zurückzudrängen.
- Politik ist bekanntlich die Kunst des Kompromisses. Die Kunst der Lobby des Kapitals ist, ihre Interessen als gemeinnützig „zu verkaufen“, und den PolitikerInnen so den Weg zur Entscheidungsfindung zu glätten. Deshalb ist es von zunehmender Wichtigkeit, dass auch Parlamentarier/-innen sich veranlasst sehen, stärker wahrzunehmen, dass sie unter der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger stehen. Sie müssen unabhängig von der Wahlentscheidung auch im Einzelfall ihren Willen durchsetzen können. So werden parteidemokratische Machtstrukturen geöffnet und der politische Wettbewerb gestärkt.

» In der Mehrzahl der europäischen Länder gibt es mehr gelebte Direkte Demokratie als bei uns. Hier ist Harmonisierung erforderlich. Mit der unabdingbaren formellen Zunahme der europäischen Integration wird es notwendiger, dass sich die Lebens- und Erfahrungswelten der BürgerInnen zumindest bezüglich der politischen Partizipationschancen konzentriert entwickeln. Es widerspricht dem Grundgedanken der EU und jeder faktischen Integration, dass Niederländer und Franzosen die EU-Verfassung verwerfen können und in Deutschland noch nicht einmal eine breite Diskussion darüber ermöglicht wird, ob die neue vertragsgestützte EU ein Mehr an Demokratie oder ein Mehr an Herrschaft der sowie schon Mächtigen bringt. Eine Bilanz, ob die EU sich hin zu mehr Macht für die Legislative oder hin zu mehr Macht für die Exekutive entwickelt, wird in Deutschland weder von der Regierung noch vom Parlament öffentlich zur Diskussion gestellt. Die Frage, ob die verschiedenen Interessen, z.B. von Kapital und Arbeit, zukünftig in der EU besser,

hinreichend oder schlechter ausbalanciert werden können, bleibt somit unstellbar und unbeantwortet. Der grundsätzliche Unterschied zwischen plebiszitärer und parlamentarischer Repräsentation wird auch in Deutschland an Bedeutung verlieren müssen – die Wahl und Ausgestaltung der direktdemokratischen Verfahren an Gewicht gewinnen. Hier sollten Interessen abhängig Beschäftigter und ihrer Familien Platz greifen.

» Deshalb ist der deutsche Bundestag gefordert, Volksabstimmungen zu fördern und insbesondere bundesweite Volksentscheide zu ermöglichen. Volksentscheide müssen auch Bundestag und Bundesregierung binden und die Grundlagen für die Durchführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid anwendungsfreundlich ausgestaltet werden.

» Von Gewerkschaften angestoßene und mitgetragene Volks- und Bürgerentscheide sind von vielen kleinen und großen Erfolgen gekrönt worden. Sie haben dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen Antworten auf die Frage gefunden haben, ob es besser ist, „Lebensadern“ unserer Gesellschaft im Lichte der Öffentlichkeit zu organisieren oder dem Dunkel von Kapitalinteressen zu überlassen.

Volksentscheide erreichen aber bislang dort Grenzen, wo, wie in Hamburg beim Verkauf der Krankenhäuser, das Parlament sich über den Willen der Mehrheit hinwegsetzen kann.

Hieran muss dann verdeutlicht werden, dass diese „VolksvertreterInnen“ sich über den Bürgerwillen stellen.

Solche gesellschaftlichen Lernprozesse auszulösen und zu begleiten, erfordert von den Gewerkschaften aber auch ein hohes Maß an Kampagnen- und Bündnisfähigkeit, ohne die mitgliederzentrierte betriebliche und Tarif-Arbeit zu vernachlässigen. Wer erreichen möchte, dass alle qualifiziert mitre-

den können, braucht viele und starke Partner/innen und noch mehr eigenes „know how“.

ver.di ist die ersten Schritte zu mehr Direkter Demokratie gegangen. Wir waren die Ersten, die sich gezwungen sahen, zur Abwehr falscher Entwicklungen neue Pfade zu beschreiten. Wer weiß, wann nicht nur ver.di sondern möglichst alle deutschen Gewerkschaften, nicht nur regional, sondern auch in der ganzen Republik, in der Lage sein werden, schon im Vorwege zu sagen, „unsere Mitglieder möchten, dass die Bevölkerung entscheidet, dass unsere Gesellschaft an dieser Stelle zukünftig so und so aussieht!“?

Für mehr Mitbestimmung und Demokratie – im Betrieb und überall! ■

- ☞ Wolfgang Rose, ist Landesbezirksleiter von ver.di in Hamburg.
- ☞ Klaus-Dieter Schwetzscher, ver.di-Bereichsleiter Direkte Demokratie.

LINKE?

Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

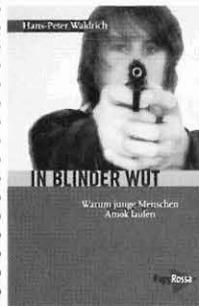
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de



Hans-Peter Waldrich:
Der Markt, der Mensch, die Schule
Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?

Broschur, 174 Seiten,
EUR 13,90



Hans-Peter Waldrich:
In blinder Wut
Warum junge Menschen Amok laufen

Broschur, 156 Seiten,
EUR 12,90



Zenz/Bächer/Blum-Maurice (Hg): Die vergessenen Kinder
Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland

Broschur, 213 Seiten,
EUR 14,90



Andreas Kuhlmann:
Faustrecht
Jugendgewalt in Schule und Freizeit

Broschur, 170 Seiten,
EUR 14,90

PapyRossa Verlag

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Foto: www.fotolia.de; © Ovidiu Iordachi



Was heißt Gute Arbeit?

von Kathleen Kollewe



Das Konzept von Guter Arbeit – das englische Wort dafür ist „decent work“ und trifft es sogar noch besser: „anständige, menschenwürdige“ Arbeit – tauchte das erste Mal 1999 im Bericht der internationalen Arbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf. Danach umfasst der Begriff diverse Aspekte von allem, was wir unter einer guten Arbeit überhaupt subsumieren können. Zusammengefasst in vier große Säulen gehören dazu Beschäftigung, Soziale Sicherung, ArbeitnehmerInnenrechte und Sozialdialog.

□ Gute Arbeit oder Turm zu Babel?

Jedoch gibt es im Detail keine einheitliche Begriffsbestimmung. Je nachdem, ob wir uns im internationalen, europäischen oder nationalen bzw. akteursbezogenen Kontext bewegen, werden die Inhalte von Guter Arbeit unterschiedlich breit gefasst, abhängig davon, wie weit man sich über Grenzen hinaus einigen kann und wie weit mit den Kompromissen riesige Unterschiede im Niveau von beispielsweise Regelungen zu Arbeitsbedingungen umfasst werden. Auch in Deutschland variiert die Auffassung von Guter Arbeit von Akteur zu Akteur. Mit etwas Kreativität kann ein unglaubliches Spektrum an Themen unter Gute Arbeit platziert werden, weil sich damit sehr vieles verbinden lässt: Sicherheit, Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Anerkennung, Teilhabe, Qualifizierung, Motivation, Kultur ... Das hat Vor- und Nachteile. Die breite Spanne des Verständnisses birgt die Gefahr großer Verwirrung, wovon die Rede ist, wenn man über Gute Arbeit spricht. Was zu Missverständnissen und Nichteinhaltung von Vereinbarungen führen kann, verlockt auch geradezu zum „window dressing“: Seht her, wie toll wir sind. In den Augen mancher Zeitgenossen bedeutet Gute Arbeit überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben.

» Nachdem Arbeitsbedingungen in Zeiten des Wandels der Arbeitswelt lange Zeit trotz europäischer und internationaler Initiativen scheinbar ein Nischenthema für Gewerkschaften waren, gerade so, als ginge es um ein Luxusthema, dem man sich nun aufgrund der guten Konjunktur annehmen kann, rücken viele Aspekte von Guter Arbeit wieder in den Fokus der öffentlichen Debatten. Hierin steckt die Chance, die neue Arbeitswelt ernsthaft zu gestalten, Internationalisierung wirklich wahrzunehmen als Chance sowie alte und neue Instrumente so miteinander zu verbinden, dass sich ArbeitnehmerInnen nicht vor ihrer Tätigkeitsperspektive fürchten müssen. (Dazu haben u.a. die Initiativen der Einzelgewerkschaften und des DGB – zuletzt mit dem Index Gute Arbeit – aber nun auch der Leitantrag der SPD mit gleichen Titel beigetragen.)

□ Wie kann Gute Arbeit gestaltet werden?

Wichtig bei der Gestaltung von politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für Gute Arbeit ist ein Ansatz, der sich nicht nur aus der Sozialpolitik und deren Instrumenten speist. Vielmehr scheint es sinnvoll, damit auch Einkommens-, Vermögens-, Ordnungs-, Bildungs- und Finanzpolitik zu verbinden und einzubeziehen, damit Prävention und Nachhaltigkeit in einem größeren Bedeutungszusammenhang wirken können. Gute Arbeit stellt ebenso wie eine nachhaltige Sozialpolitik, nicht die Anzahl der Maßnahmen, sondern das Ergebnis sozial gerechter Politik dar (siehe Kasseler Kreis: Berliner Thesen 2006).

» Für eine erfolgreiche Gestaltung von Guter Arbeit ist es essentiell, dass alle relevanten Akteure daran arbeiten. So ergeben sich z.B. gemeinsame Schnittpunkte für Gewerkschaften und SPD in vielen Bereichen von Guter Arbeit. Hier seien drei davon näher betrachtet: Flexibilität versus Sicherheit, Einstellen auf die Wissensgesellschaft sowie Mitbestimmung und sozialer Dialog.

□ Secubility statt Flexicurity

Der immer schnellere Wandel in der Arbeitswelt betrifft mittlerweile 2/3 aller ArbeitnehmerInnen. Damit einher geht die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsorten, die Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis hin zu neuen Arbeits (-vertrags-)formen mit geringerer Absicherung und weniger Sicherheit. Der Europäische Rat wird im Dezember dazu eine EntschlieÙung fassen, wie der Mix aus Flexibilität und Sicherheit in der EU aussehen soll. Die Gefahr besteht darin, dass Flexibilität im Vordergrund steht, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Erfahrungen aus anderen Ländern wie Dänemark, die immer als „best practice“ bejubelt werden, zeigen allerdings, dass sich die Euphorie für den sogenannten „Flexicurity-Ansatz“ (Flexibilität und Security – Flexibilität und Sicherheit) in Grenzen halten müsste. Vielmehr sollte der Ansatz seinen eigenen Schwerpunkt in der Sicherheit suchen – also „Secubility“ heißen, um die notwendige Flexibilität sozial zu flankieren.

□ Wissen für die gute Arbeit

Gute Arbeit heißt auch, die täglichen Herausforderungen einer möglichst nicht eintönigen Arbeit meistern, weitgehend selbstbestimmt arbeiten und sich Veränderungen am Arbeitsplatz stellen zu können. Aus- und Weiterbildung sind dafür prinzipielle Voraussetzungen. In der zunehmend wissensbasierten Arbeitswelt reicht die Ausbildung am Beginn des Berufslebens nicht mehr aus. Dieses Feld betrifft aber auch Bildung jenseits vom eigentlichen Arbeitsablauf. Für ArbeitnehmerInnen, die auf zunehmend flexibilisierten Arbeitsmärkten gegenüberstehen, sind Wissen, Kenntnisse und Fähigkeiten Voraussetzungen für die „Employability“ – Beschäftigungsfähigkeit. Unternehmen klagen über Fachkräftemangel. Für schlecht aus- oder kaum weitergebildete KollegInnen wird es immer schwieriger, einen passenden Arbeitsplatz zu finden bzw. ihn zu behalten. Allerdings kann es nicht dem einzelnen allein überlassen bleiben, sich aus- und weiterzubilden. Flexiblere

und immer weiter integrierte Arbeitsmärkte müssen auch von Sicherheiten und Angeboten für Aus- und Weiterbildung flankiert werden.

□ Mitbestimmte neue Arbeitswelt

Damit kommt ein weiterer Aspekt von Guter Arbeit ins Blickfeld. Die deutsche Mitbestimmung lebt von einem echten Sozialdialog und der Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Ein Secubility-Ansatz sollte, so wie es vom Europäischen Parlament gefordert wurde und auch auf der Arbeitsliste der deutschen Präsidentschaft für Gute Arbeit stand, starke Mitbestimmungsgrundsätze und den sozialen Dialog als Gestaltungsgrundlage nutzen. Dies nicht nur für rechtlich verbrieft Aspekte von Guter Arbeit, sondern auch für Inhalte, die gemeinhin gern unter dem größtenteils unilateralen CSR-Ansatz (Corporate Social Responsibility – gesellschaftliche Unternehmensverantwortung) gefasst werden, um garantierte Mitbestimmungsrechte nicht zu verwässern. Die deutschen Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung der Europäisierung der Mitbestimmung – mit der Europäischen Aktiengesellschaft und verschiedenen anderen Unternehmensrichtlinien auf europäischer Ebene wird diese Herausforderung sehr konkret: Unternehmen und Kapital sind international und/oder europäisch aufgestellt. Mitbestimmte Gestaltung der neuen Arbeitswelt ebenso die Regulierung oder Re-Regulierung muss sich demnach ebenfalls grenzüberschreitend orientieren. Dabei spielt die Mitbestimmung des einzelnen an seinem Arbeitsplatz eine gleichgroße Rolle wie Unternehmensmitbestimmung und Sozialdialog. Ersteres hat bewiesener Weise weniger Chancen ohne die anderen beiden Komponenten.

□ Ausblick: Gute Arbeit vergleichbar machen

Es gibt in der Mehrzahl der EU Länder ähnliche Ansätze für die Messung von guter Arbeit wie in Deutschland mit dem DGB-Index Gute Arbeit. Wissenschaftlich ist dies zwar umstritten: wie will

man Sicherheit, Unternehmenskultur oder Dialog in Messzahlen packen? Dennoch: durch die Einführung des Euro sind Löhne und Preise vergleichbar geworden. Warum sollen nicht Arbeitsbedingungen vergleichbar werden? Bei der Entscheidung in welcher Art dies geschehen kann, müsste man die Überlegungen einbeziehen, die am Anfang des Artikels angestellt wurden: was versteht man darunter und wie verhindert man den Missbrauch eines Indexes. Allerdings wären damit Vergleiche nicht nur innerhalb eines Unternehmens möglich, sondern auch grenzüberschreitend.

» Als gemeinsame Orientierungshilfe würde ein solcher gemeinsamer Index die grenzüberschreitende Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit unterstützen und eventuell Inhalte für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen verdeutlichen. ArbeitnehmerInnen und Unternehmen können direkt vergleichen, wie zufrieden sie mit ihrer Arbeit sind oder wie gesund sie ihre Arbeitsbedingungen einschätzen. Für die Unternehmen gelten für einen europäischen Index die gleichen Vorteile wie von nationalen Vergleichsindizes.

□ Gemeinsam anpacken

Im Sinne einer inhaltlichen Orientierung, kommen für Gewerkschaften als auch für die SPD mehrere Punkte in Frage, bei denen sich gemeinsame Schnittstellen ergeben. Diese Schnittstellen könnten produktiv genutzt werden, um die entsprechenden Bereiche von Guter Arbeit aufzunehmen und zu gestalten. Die dargestellten Handlungsfelder sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt der Möglichkeiten. ■

☞ Kathleen Kollwe, 1971, promoviert am Otto-Suhr-Institut FU Berlin, sie ist Mitglied der IG Metall sowie der SPD und aktiv im „Kasseler Kreis“, einem Netzwerk junger GewerkschafterInnen mit SPD-Partei-buch und dem Ziel, gemeinsame Ansatzpunkte von Gewerkschaften und SPD zu entwickeln.

Die Jahrestagung 2008 wird sich mit Guter Arbeit, Prekarisierung und atypischer Beschäftigung, Weiterbildung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz beschäftigen.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Mit sozialen Konflikten in den Abschwung? | David Salomon: Mosebach und der König – Eine Büchner-Preis-Rede und der kleine Schritt vom Gott zum Führer | Günter Buchholz: Politische Ökonomie der Hochschulpolitik im Finanzmarkt-Kapitalismus | Klaus Bullan: Soziale Vererbung von Bildungschancen in Deutschland | Soziale Fragmentierung, Realitätsverlust und neue politische Urteilskraft – Gespräch mit Oskar Negt | Hans-Georg Draheim: Ökonomie und Politik der neuen Linken

Richard Detje/Otto König: Leipziger Signal – IG Metall im Aufwind | Bernhard Pfitzner: Zur Programmdebatte des ver.di-Bundeskongresses | Frank Deppe: Nachruf auf Ewald Wehner | Erhard Korn: 100. Geburtstag von Willi Bleicher

Karl Georg Zinn: Wirtschaftspolitische Psychosomatik | Karl Mai: Staatsverschuldung und Entschuldungsdilemma | Horst Müller: Zur Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts | Peter Lock: Weltweiter Waffenhandel – Daten, Trends und abrüstungspolitische Argumente | Murat Çakir: Türkei – im Gleichschritt in die Katastrophe? | Guido Speckmann: Free Rainer (Filmkritik)

Supplement
Joachim Bischoff/Elisabeth Gauthier: Sarkozy und die Hegemonie des Neoliberalismus

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates
2007 - 176 S.
€ 12,00
ISBN
978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte
der bürgerlichen Gesellschaft

Benno Teschke
Mythos 1648
Klassen, Geopolitik und die
Entstehung des europäischen
Staatsensystems
2007 – 307 S. – € 39,90
ISBN 978-3-89691-122-3



NEU
Band 22

Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt
Theorie und Entstehung
der bürgerlichen Staatsgewalt
2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a
D - 48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfbootverlag.de

Foto: Christian Kiel



» In der spw als Magazin in der Tradition der gewerkschaftlichen Orientierung, haben gewerkschaftliche Themen seit der Gründung regelmäßig ihren Platz. Einen umfassenden Überblick über die gewerkschaftliche Strategiediskussion gab es vor gut zwei Jahren mit dem Heft 144. Anlass war eine gemeinsame Tagung von ProMS Nord und der IG Metall Jugend im Bezirk Küste. Tagung und Heftschwerpunkt setzten sich mit dem Wandel der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis, erneuerten betriebpolitischen Konzepten (Aktivierung) und der Ausgestaltung des gesellschaftspolitischen Mandats auseinander. Ergänzt wurde der Schwerpunkt um einen Beitrag zur Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit am Beispiel deutscher und brasilianischer Belegschaften in der Chemieindustrie.

» Seitdem hatten einzelne Artikel immer wieder das strapazierte Verhältnis von SPD und Gewerkschaft zum Thema. Der Tenor dieser Artikel lag darin, dass diese Entfremdung weniger der Persönlichkeit der einzelnen Akteure, als vielmehr strukturellen Ursachen zuzuschreiben ist. Entsprechend bemühten sich die Autoren darum, nach möglichen gemeinsamen Anknüpfungspunkten in Zeiten des sich erweiternden Parteiensystems zu fahnden.

„Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?“ heißt ein bald erscheinendes Buch, in dem eine Forschungsgruppe um den Jenaer Sozialwissenschaftler und spw-Mitherausgeber Klaus Dörre Ansätze der gewerkschaftlichen Erneuerung umreißt. Nachdem die Sozialwissenschaften in Deutschland über mehrere Jahrzehnte den unweigerlichen Niedergang der Gewerkschaften vorausgesagt haben, nimmt dieses Buch einen wohlthuenden

Literaturschau

von Kai Burmeister

» anderen Blickwinkel ein. Zwar kann es sehr wohl sein, dass Gewerkschaften an ihren vielfältigen Herausforderungen scheitern; gleichwohl verfügen sie selbst über verschiedene Optionen zur Überwindung der Repräsentationskrise. Dieses aus der angelsächsischen Gewerkschaftsforschung beeinflusste Buch kann sowohl die deutsche Forschungslandschaft als auch die Gewerkschaften beflügeln.

» Beispielhaft hierfür steht der Organizing-Ansatz, bei dem ebenfalls beeinflusst durch usamerikanische Erfahrungen die aktionsorientierte Mitgliedergewinnung und -aktivierung im Mittelpunkt steht. Über die entsprechenden Erfahrungen in anderen Ländern gibt das von der Böckler-Stiftung herausgebende Buch „Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung“ einen Überblick. Das Spannungsverhältnis beim Organizing zwischen dem Organisieren und den Inhalten greift das Buch „Never work alone“ mit vielen guten Aufsätzen auf, das jüngst beim VSA-Verlag erschienen ist. Ebenfalls mit der Fragestellung „Organizing – Mobilisierung gegen den Mitgliederschwund“ setzt sich das Dezemberheft der Mitbestimmung auseinander.

» Die Adresse für die gewerkschaftliche Debatte ist das VSA-Verlagsprogramm. Hervorzuheben ist etwa das Handbuch „Gute Arbeit“, das vom gleichnamigen IG Metall Projekt erarbeitet worden ist. Hier finden Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute vielfältige Handlungshilfen für die Praxis. Die Autoren unterbreiten hierzu klare Gedanken und bieten eine politische Einordnung gegen den arbeitspolitische Rollback in Zeiten der Shareholder-Ökonomie. ■

Kinderspiel Kapitalismus: Mitten im demographischen Wandel ...

von Alexandra Kramm



Foto: www.fotolia.de; © Martina Berg



» Es war im Zug nach Stuttgart. Vormittags, um halb 10 stieg ich in Berlin-Hauptbahnhof in den ICE. Ich hatte einen Platz mit Tisch reserviert, um in Ruhe arbeiten zu können. Die beiden Fensterplätze waren von einem älteren Ehepaar besetzt. Er las Zeitung, sie schälte einen Apfel. Eine karierte Serviette lag fein säuberlich auf dem Tisch ausgebreitet. Darauf landeten die Schalen. Die Frau gab dem Mann wortlos die Apfelstücke. Er nahm das Obst, ohne von der Zeitung auf zu schauen, steckte es in den Mund. Ich legte meinen Laptop neben die Serviette mit dem Müll und versuchte auch noch die anderen Unterlagen auf dem Tisch unterzubringen. Die beiden guckten mich fragend an.

Eine ältere Dame stieg ein. Sie trug neben dem Koffer einen Rucksack auf dem Rücken und einen vor der Brust, genau wie wir früher als wir mit Interrail durch Europa tourten. Sie suchten ihre Lesebrille, fand sie nicht. Drei mal rannte sie an unserer Sitzgruppe vorbei, die Koffer wie ein gezücktes Schwert vor sich. Ich schaute mich um und konnte niemanden entdecken, der ohne Lesebrille der alten Dame hätte helfen können. Der Zug war etwa zur Hälfte besetzt und außer mir war niemand unter sechzig. Ich stand auf und sprach mit der Frau. Sie guckte mich misstrauisch an, hielt ihren Koffer schützend noch etwas höher und ergab sich dann ihrer Notlage. Es war kein Problem Platz 32 zu finden. Und weil ich schon mal da war, half ich noch die Rucksäcke abzunehmen, den Koffer zu verstauen, den Mantel aufzuhängen und das Essen aus den Rucksäcken griffbereit zu platzieren. Angesichts des Staus, den wir verursacht hatten, hob ich noch drei weitere Rentner-Koffer in die Gepäckablage, bevor ich mich mit Rückenschmerzen wieder setzte.

» Der Zug fuhr ab. Ich hoffte, möglichst viel Arbeit in den nächsten sechs Stunden zu schaffen. Das stellte sich als hoch gesteckter Wunsch heraus. Nicht, dass die beiden mich durch ihre Unterhaltung besonders abgelenkt hätten. Sie sprachen die ganze Fahrt recht wenig, waren aber ausgesprochen aktiv. Der Mann neben mir ging fünfmal auf die Toilette, dreimal zum Müll-eimer und einmal zum Schaffner. Nach der Zeitung holte sie das Kreuzworträtsel raus, dann die Thermoskanne, die belegten Brote, einige Zeitschriften, penibel gepellte Orangen, Spielkarten und als Höhepunkt das hart gekochte Ei. Auf dem Tisch wurde die Schale brüchig geklopft, dann Krümel für Krümel akribisch absortiert und auf einer neuen Serviette gelagert. Zum Vorschein kam ein schon leicht blaues, riechendes Ei. Er aß es mit Salz verfeinert, in kleinen Happen. Der Gestank des Eis vermischte sich mit Gerüchen von Tosca und Toilette. Zum ersten Mal fühlte ich, was demographischer Wandel wirklich heißen könnte ...

» Ich fragte mich, was diese Alten alle in Stuttgart wollen. Waren sie früher alle als Wehrdienstverweigerer, Hausbesetzer oder Autonome nach Berlin gekommen? Besuchten sie jetzt ihre Kinder, die aus Verzweiflung über den Berliner Arbeitsmarkt ihr Glück im reichen Ländle suchten? Eine halbe Stunde vor Stuttgart stand die erste Frau auf, zog sich an und stellte sich an die Tür. Die anderen folgten mit einer Mischung aus Hektik und Panik. Sie wackelten im Gang hin und her, aber ich konnte endlich in Ruhe weiter arbeiten. ■

↳ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).



Foto: www.photocase.com; © webbostat

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Die EZB und ihre Geldpolitik

von Arne Heise



» Als im Februar 1992 der Maastrichter Vertrag vom Europäischen Rat unterzeichnet wurde, wurde damit ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Integration aufgeschlagen. Denn anders als noch im Falle der Römischen Verträge von 1957 und der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986 geht der Maastrichter Vertrag mit der Schaffung der Europäischen Union und einer gemeinsamen Währung über ausschließlich wirtschaftlich motiviertes Zusammenarbeiten der europäischen Mitgliedsländer weit hinaus.

□ Die institutionelle Ausgestaltung der EZB

Deutschland und die Deutsche Bundesbank legten großen Wert darauf, dass die EZB weitestgehend nach dem als besonders erfolgreich angesehenen Bundesbank-Modell konstruiert wurde und die Geldpolitik der EZB den Prinzipien der Bundesbank folgt. Dies ist keineswegs selbstverständlich, schließlich war es einerseits die restriktive Geldpolitik der Bundesbank, die in Frankreich im Rahmen der ‚Franc fort‘-Politik für die ökonomische Stagnation der ‚Grand Nation‘ in den 1980er und 1990er Jahren verantwortlich gemacht wurde, und andererseits gab es in Europa unterschiedliche ‚Kulturen‘ der Geldpolitik. Herausgekommen ist ein System zentraler Dezentralisierung, d.h. die EZB steuert die Geldpolitik in der EURO-Zone, während die nationalen Zentralbanken diese Politik nur umzusetzen haben.

» Es gehört mittlerweile zum common sense der Geldpolitik, dass ein positiver Zusammenhang zwischen dem Unabhängigkeitsgrad einer Zentralbank und der Preisstabilität der ausgegebenen Währung besteht. Weniger Konsens besteht allerdings darin, ob die höhere Preisstabilität auch mehr Wachstum ermöglicht oder gar mit Wachstumsverlust bezahlt werden muss. Die EZB jedenfalls genießt statutengemäß die höchste denkbare Unabhängigkeit: Sie hat Zielunabhängigkeit, sie ist in der Wahl ihrer Instrumente unabhängig, die handelnden Personen sind von größtmöglicher Unabhängigkeit und die EZB darf weder der Europäischen Kommission noch nationalen Regierungen direkt Kredite gewähren. Schließlich ist die Rechenschaftsverpflichtung der EZB äußerst begrenzt: Sie veröffentlicht monatliche und Jahresberichte und kann auch vom Europäischen Parlament zu Stellungnahmen aufgefordert werden, doch hat dieses Berichtswesen immer nur Informations-, nicht aber Rechenschaftscharakter, der sich auf die Handlungsweise der EZB auswirken könnte.

□ Eine (erste) Bewertung der Geldpolitik der EZB

Wie jede andere Zentralbank kann auch die EZB das Ziel der Preisstabilität nicht direkt verfolgen, sondern nur durch Beeinflussung realer und monetärer Größen auf die endogene Preisentwicklung Einfluss nehmen. In der akademischen Geldtheorie ist mittlerweile die monetaristische Geldmengensteuerung, die die Entwicklung eines Geldmengenaggregats als entscheidendes Zwischenziel ansah,

	EURO-Zone	USA	GB
Inflationsrate	1,9	2,2	1,8
M3 (Zielvorgabe)	8,4 (4,5)	-	-
Kurzfr. Realzinsen	1,3	1,4	1,7
Wachstums-Zins-Differential	0,7	1,7	1,5
Reales BIP-wachstum	2,0	3,1	3,2

Tabelle: Entwicklung ausgewählter Indikatoren in der EURO-Zone, den USA und Großbritannien; 1999-2006; Anmerkungen: Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate; Quelle: European Economy, Statistical Annex, Spring 2006; EZB – Monatsbericht 07/2006.

zugunsten eines direkten ‚Inflation Targeting‘ mittels Zinspolitik ersetzt worden. Die EZB hat sich bisher noch für keine klare Strategie entscheiden können. Mit ihrer 2-Säulen-Strategie versucht sie Geldmengenorientierung und ‚Inflation Targeting‘ zu verbinden, verwirrt damit aber lediglich die Marktteilnehmer, für die der geldpolitische Kurs der EZB nur schwer prognostizierbar wird, wenn die Indikatoren der beiden Säulen sich widersprechen. Zusätzlich ist das eigentliche Ziel der EZB nicht klar definiert: Preisstabilität ist als politische Vorgabe in den Statuten der EZB nicht klar beschrieben, die EZB definiert ‚Preisstabilität‘ selbst als eine Preissteigerungsrate von unter, aber nahe der 2% Grenze des harmonisierten Verbraucherpreisindizes.

Die Bewertung der Geldpolitik der EZB muss an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele erfolgen: Nach EU-Vertrag und EZB-Statut ist die Sicherung der Preisstabilität das vorrangige Ziel der Geldpolitik, nachgeordnet können dann auch Ziele wie Wirtschaftswachstum oder Vollbeschäftigung angesteuert werden. Trotz bislang recht kurzer Historie der EZB und ihrer Politik soll zunächst ein Blick auf einige Indikatoren geworfen werden (Tabelle).

Mit einer Inflationsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindizes von durchschnittlich 1,9% seit 1999 hat die EZB die Zielvorgabe fast punktgenau erreicht, allerdings variieren die Inflationsraten in der EWU weiterhin beträchtlich (2006: Deutschland 1,4%, Griechenland 3,5%). Wird die Inflationsentwicklung mit den USA oder Großbri-

tannien verglichen, fällt zudem auf, dass auch anderen Zentralbanken vergleichbare Preisstabilität erzielen konnten – allerdings bei deutlich höherem Wirtschaftswachstum. Denn obwohl die kurzfristigen Realzinsen in der EURO-Zone niedriger waren als in den USA oder Großbritannien, zeigt das Wachstums-Zins-Differential, wo das Problem liegt: In der aktuellen Konjunkturphase erscheint die Geldpolitik noch zu restriktiv. Die Geldpolitik der USA reagierte z.B. deutlich sensibler auf den konjunkturellen Einbruch des Jahres 2001 als die EZB und ermöglichte damit eine schnellere und kräftigere wirtschaftliche Erholung als in der EURO-Zone – und dies, ohne inflationäre Gefahren in Kauf nehmen zu müssen.

Es muss offen bleiben, ob sich hier tatsächlich dauerhafte Unterschiede in der geldpolitischen Orientierung unterschiedlicher Notenbanksysteme zeigen oder lediglich die einzigartige Fähigkeit des (ehemaligen) amerikanischen Fed-Präsidenten Alan Greenspans, die Bedürfnisse der Märkte lesen zu können – allerdings deutet einiges darauf hin, dass weder das Zentralbank-Design der EZB noch das bislang fragmentarisch verbliebene ökonomische Governance-System in der EWU optimal in dem Sinne gestaltet wäre, dass die Wirtschaft der EURO-Zone sich in einer Form entwickeln kann, die den Bürgern der EU den Eindruck vermittelt, sie profitierten von der europäischen Integration – die gegenwärtige EU-Skepsis bzw. sogar EU-Frust ist also wahrscheinlich hausgemacht. ■

☞ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Für gute Arbeit und Ausbildung. Unsere Richtung: Links!

Schlaglichter vom Juso-

Bundeskongress 2007 in Wolfsburg

von Katie Baldschun



» Vier Wochen nach dem Bundesparteitag in Hamburg hat der Juso-Bundesverband Ende November auf seinem Bundeskongress in Wolfsburg sein Selbstverständnis als linker Richtungsverband neu untermauert. Die Perspektive auf die anstehenden Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen, vor allem aber auf das Europa- und Bundestagswahljahr 2009 bildeten die Folie der wesentlichen Debatten und Beschlüsse. Die zentrale Aussage: Die Jusos kämpfen in und mit der SPD für ein linkes Fortschrittprojekt, das sich aus der Umklammerung der großen Koalition löst und mehr beinhaltet als bloßes Bekenntnis-Linkentum.

□ **Bundesarbeitsprogramm: Perspektivprojekt und Kampagne „Gute Arbeit“**

Der Juso-Bundesverband hat sich ein Arbeitsprogramm gegeben, das diesem Anspruch Rechnung trägt. „Für gute Arbeit und Ausbildung“ war nicht nur das Motto des Kongresses. Unter dem Stichwort Gute Arbeit und Mitbestimmung wird der Bundesverband in den kommenden Monaten in einem von vier Perspektivprojekten seine Anforderungen an Gute Arbeit formulieren und in eine Kampagne speisen. Ausgangspunkt bleibt die Erkennt-

nis, dass Erwerbsarbeit für die Menschen nach wie vor zentral ist – konsequenterweise haben die Jusos Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen als unsozial abgelehnt – und sich in der derzeitigen kapitalistischen Formation gravierend verändert hat und weiter verändert.

» Umso bedeutsamer ist die Frage, wie Arbeitsleben und Arbeitsbedingungen ausgestaltet werden – und wer über diese Frage (mit-)entscheidet. Um Arbeit humaner zu gestalten und das Arbeitsleben zu demokratisieren, ist ein Bündnis von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern notwendig. Weder Staat noch Wirkungen des Marktes noch Reaktionsmöglichkeiten auf Gewerkschaftsseite lassen sich, so auch die Einschätzung des Arbeitsprogramms, nur noch auf nationalstaatlicher Ebene denken – das europäisch konditionierte Mehrebenensystem muss Analyse- und Handlungskategorie sein.

□ **Öffentliche Daseinsvorsorge: Für einen Staat als Pionier**

Die europäische Perspektive beansprucht auch in der Kongress-Debatte um die öffentliche Daseinsvorsorge Bedeutung. Bei der in der Linken immer wieder diskutierten Frage nach der Funktion des Staates im Kapitalismus muss die Einbindung des Nationalstaats ins Mehrebenensystem stets bewusst sein. Auch die EU-gesteuerte Entwicklung vom nationalen Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat war Auslöser der Privatisierungswellen der letzten Jahre, die mit der Diskussion um die Privatisierung der Deutschen Bahn aktuell einen bundespolitischen Höhepunkt gefunden hat, aber seit den 1990ern durch Kommunen, Länder und den Bund rollt.

☞ Dr. iur. Katie Baldschun, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, lebt und arbeitet in Dortmund.

» Privatisierungen abzulehnen, gründet für Jusos jedoch nicht auf Staatsgläubigkeit, sondern der Überzeugung, dass Staat und Markt nicht zwei voneinander abgeschottete – oder abzuschottende – Räume sind. Auch den Staat allein als Regulierer zu begreifen, ist nach jungsozialistischer Auffassung zu eng. Vielmehr können in öffentlicher Verantwortung, unter demokratischer Kontrolle und am Gemeinwohl orientiert wirtschaftliche Prozesse gesteuert, neue Felder erschlossen und Innovationen gefördert werden – und zwar unter den Kriterien von Langfristigkeit, Ökologie und guter Arbeit, zu denen der Markt schlicht nicht in der Lage ist.

Um die Definitionshoheit über den Begriff der öffentlichen Aufgaben oder Daseinsvorsorge ist ein Kampf entbrannt. Für Jusos und die Linke allgemein erschöpft er sich nicht in vermeintlichen Kernaufgaben, also Sicherheit und Schutz des Staates und seiner Bürger selbst. Es geht auch um die Kernaufgabe des Staates, Chancengleichheit zu organisieren: Indem allen Menschen der gleiche Zugang garantiert wird zu Gütern und Dienstleistungen, die für ein Leben in Selbstbestimmung notwendig sind. Der Juso-Bundesverband hat sich den Auftrag gegeben, Anforderungen an öffentliche Aufgaben zu formulieren, die Deutungshoheit zu behaupten und der Privatisierungswelle die besseren Alternativen entgegenzusetzen.

□ Doppelstrategie: Bewährt, erneuert, ausgeweitet

Doppelstrategie 2.0 heißt ein Beschluss des diesjährigen Bundeskongresses, und auch das Arbeitsprogramm formuliert den deutlichen Auftrag der Neubesinnung auf die Doppelstrategie. Dass die SPD als machtpolitischer Anknüpfungspunkt der Jusos auch Feld für Auseinandersetzungen ist, hat sich auf dem Bundeskongress eher in Teilen, in der medial-öffentlichen Wahrnehmung danach kaum gezeigt. Deziert kritische Töne gab es in den großen Aussprachen mit Steinmeier, Beck, Zypries und Nahles, allerdings auch viel Vorschuss-Wohlwollen für den prominenten Besuch aus der Mutterpartei.

» „Doppelstrategie gelungen“ war indes schon auf dem Kongress jedenfalls zu vermelden im Hinblick auf die große Zustimmung und die erkennbaren Gemeinsamkeiten mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Volkswagen, Bernd Osterloh. Und eher ungewohnt, aber kulturell auflockernd und den üblichen Kreis politisch ansprechbarer Gruppen erweiternd das Grußwort von Thomas Bröker von der Jungen ISN, Interessengemeinschaft der Schweinehalter.

□ Wahlen: Linkes Profil und feminisierte Spitze

Die Jusos haben gewählt. Von den rund 300 Delegierten votierten 76 Prozent für Franziska Drohse als neue Bundesvorsitzende. Schon in der Tagespresse war es daraufhin häufig zu lesen: Das beste Ergebnis für den Vorsitz seit der Linkswende 1969. Und tatsächlich verknüpft sich mit der großen Zustimmung zum Arbeitsprogramm des Bundesverbandes und dem sehr einigen Votum für die Vorsitzende der Auftrag, den gesamten Verband als linken Teil der Partei deutlich zu profilieren.



Foto: www.jusos.de

» Ein starkes Signal für die Umsetzung der eigenen Ansprüche in Verbandspraxis geht schon jetzt von der Verweiblichung des Vorstandes aus: Weibliches Duo Bundesvorsitz und Geschäftsführung, insgesamt sechs Frauen in einem aus zehn Mitgliedern bestehenden Vorstand. Die Spitze des noch männlich strukturierten Verbandes wird weiblich. ■

Ein linkes Godesberg – Das neue Hamburger Programm der SPD

von Detlev Albers



Der Vorgang verdient europäisches Interesse: Die deutschen Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag Ende Oktober 2007 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das Hamburger Programm. Nach Berlin (1989) und Godesberg (1959) ist es das dritte Programm der Nachkriegszeit. Spannt man den Bogen über die ganze Parteigeschichte, gingen ihm das Heidelberger Programm (1925) und das Görlitzer Programm (1921) in der Weimarer Republik sowie die Programme von Erfurt (1891) und Gotha (1875) während des deutschen Kaiserreichs voraus. Zum siebten Mal also ein neues Grundsatzprogramm, was lohnt daran die Aufmerksamkeit?

Foto: Andrea Arcais



Beginnen wir mit dem Normalen im Ungewöhnlichen. Das Hamburger Programm ist das erste Grundsatzprogramm einer der großen linken Volksparteien Europas im neuen 21. Jahrhundert, formuliert für die vor uns liegenden zwei bis drei Jahrzehnte. Im Unterschied zu allen seinen Vorgängern ist es erarbeitet von einer SPD als Regierungs- nicht als Oppositionspartei – und es brauchte dafür acht lange Jahre, von 1999 bis 2007, drei einander folgende Programmkommissionen und nicht weniger als vier Parteivorsitzende.

Mit dem Hamburger Programm meldet sich die SPD als Programmpartei zurück. Diesem Anspruch fühlte sich die Partei seit jeher verpflichtet. Er fand einst seinen Ausdruck im Nebeneinander des Erfurter Programms, das in seinem ersten Teil den vermeintlich „naturnotwendigen“ Weg zu einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft skizzierte, ihm jedoch im zweiten Teil einen konkreten Maßnahmenkatalog von Übergangsforderungen hin zu einer demokratischen Republik anfügte. Das Wissen um die Berechtigung eines solchen Spannungsbogens zwischen der Vision einer sozialdemokratischen Partei, ihrem geschichtlichen Auftrag, und ihren aktuellen tagespolitischen Zielen hatte sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten verflüchtigt. Stichworte hierfür waren das Schröder/Blair-Papier aus dem Jahre 1999, weitreichende Privatisierungen öffentlicher Güter, nicht wenige Aspekte der Agenda 2010 oder die Versuche, zentrale programmatische Zielvorstellungen wie den „demokratischen Sozialismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ als prinzipiell überholt und damit obsolet abzutun.

Dieser gesamten Tendenz widersprechen Anlage, Methodik und inhaltliche Grundaussagen des jetzigen Hamburger Programms. Nun könnte man einwenden, die SPD habe doch ihren Anspruch, Programmpartei zu sein, auch zuvor niemals aufgegeben. Das aber gilt nur formal, nicht der Sache nach. Denn das vorherige Parteiprogramm von Berlin, beschlossen im Dezember 1989, blieb trotz wichtiger, bis heute aktueller Einsichten verhaftet im Denken des System-Gegensatzes, der nationa-

len Teilung und damit letztlich des Kalten Kriegs. Auf diese Weise war es ein Leichtes, seine gültigen programmatischen Aussagen, etwa zum Prinzip der Nachhaltigkeit, unter Verweis auf die grundlegend veränderten Weltverhältnisse beiseite zu schieben. Tatsächlich hatte das Berliner Programm seine orientierende Wirkung auf die sozialdemokratische Regierungspolitik längst eingebüßt. Nur ein kleiner Schritt fehlte noch, sich für die Zukunft „auf immer“ vom Ballast unbequemer visionärer Zielbestimmungen zu befreien.

Um so wichtiger ist der mit dem neuen Hamburger Programm gesetzte Kontrapunkt. Wenn es sich schon einleitend in die „stolze Tradition des demokratischen Sozialismus“ einreihet, dann ist das keine rückwärtsgerichtete Verbeugung vor der Vergangenheit. Ausdrücklich bekräftigt der Abschnitt über „Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen“, dass diese Idee nichts Geringeres als den programmatischen Horizont sozialdemokratischer Zielvorstellungen für das 21. Jahrhundert formuliert, das „erste wirklich globale Jahrhundert“, wie es in der Zeit-Analyse heißt. Aus dem Land, in dem die Berliner Mauer stand, kommt damit keine zwei Jahrzehnte später das offensivste Bekenntnis zur Aktualität eben dieser sozialistischen Zielsetzungen.

» Wer wollte bestreiten, dass sich darin eine entscheidende Wegmarke für die ganze europäische Linke der Gegenwart findet? Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatte das Erfurter Programm für alle übrigen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf dem Kontinent Pate gestanden, die sich damals in der Gründungsphase befanden. Das Godesberger Programm in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit symbolisierte mit der Anerkennung von Grundwertesozialismus und sozialer Marktwirtschaft einen weiteren Wendepunkt, von dem wichtige Vorbildwirkungen auf die europäische Sozialdemokratie ausgingen. Als eine Art „Linkes Godesberg“ hat jetzt das Hamburger Programm gute Chancen, ebenbürtig den beiden einflussreichsten Grundsatzprogrammen der Partei an die Seite zu treten.

□ Kernbotschaften des Programms

Den Klimawandel aufhalten: Welche Zentralität das Hamburger Programm dem Kampf gegen die menschenverursachte Erderwärmung zuerkennt, verdeutlicht die herausragende Stellung, allen anderen Widersprüchen vor- und übergeordnet, die es dieser Frage im Eingangs-Kapitel „Die Zeit, in der wir leben“ einräumt. In allen folgenden Programmabschnitten begegnet uns das „Prinzip Nachhaltigkeit“ wieder, einschließlich einer radikalen Wende der Energiepolitik bis hin zum Eintritt in das Solarzeitalter. Es soll die Tätigkeit des „Globalen Rats der Vereinten Nationen für Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik“ bestimmen, eine Kernforderung auf dem Weg zur angestrebten „Weltinnenpolitik“. Seine Aufgaben sind klar umrissen, nämlich „wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander ab(zu)stimmen“. Unausgeführt bleibt leider, wo es um die Schlüsselfrage des Wie der weltweiten Durchsetzung geht. Immerhin wird das Nachhaltigkeitsprinzip nicht minder eindringlich in den Kapiteln zur Europäischen Union und zur Umgestaltung der Wirtschaft im eigenen Land eingefordert. Gleichwohl könnte sich schon bald herausstellen, dass alle diese Zielsetzungen vor der dramatischen Zuspitzung der wirklichen Klimaverhältnisse verblassen und viel direktere Eingriffe in die industrielle Lebensweise erforderlich machen – ganz besonders dort, woher sie ihren Ausgang nahm.

» **Dem globalen Kapitalismus entgegen-** treten: So wenig die Globalisierung von Kapital und Waren, Dienstleistungen und Arbeit zurückzudrehen ist, – birgt sie doch vielmehr unbezweifelbare Chancen –, so wenig ist der daraus hervorgegangene globale Kapitalismus akzeptabel. Ihn kennzeichnet „ein Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit“. „Er verschärft alte Ungerechtigkeiten und schafft neue“. Damit ist eine prinzipielle Frontstellung formuliert, in der sich die Sozialdemokraten aufgehoben wissen. Der Kampf gegen die Armut, weltweit, in Europa und bei uns, das Eintreten für eine gerechte Weltwirtschafts-

ordnung findet hier seine allgemeinste Begründung. Mitten hinein in diese uralte, doch immer stärker aufgeladene Auseinandersetzung gehört die Forderung nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte, die es ebenfalls auf nationaler, europäischer und globaler Ebene umzusetzen gilt. Allerdings, wo das Programm eben noch beschreibt, wie nötig solche Rahmensetzungen sind, da bleibt es andererseits vage und unverbindlich, wo es um tatsächlich greifende Instrumente geht. Weder Börsenumsatzsteuer oder Tobin-Tax noch Einschränkungen der Hedge-Fonds Aktivitäten, die mehr als Transparenz verlangen, haben Eingang in den Text gefunden.

Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden: Wie kein Parteiprogramm zuvor setzt die SPD in Hamburg auf die EU als strategischen Schauplatz der eigenen politischen Praxis. Gegen alle Widersprüche und Halbheiten der heutigen europäischen Tagespolitik heißt es gleich zu Beginn des entsprechenden Abschnitts: „Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung“. Ebenso eindeutig verwirft das Programm die entgegenwärtige Brüsseler Tendenz, den Vorsprung des Binnenmarkts verglichen mit der sozialen Integration in eine dauerhafte Dominanz des Marktprinzips auf europäischer Ebene umzumodeln. „Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten“. So und nur so kann die EU jenes Maß an innerem Zusammenhalt und internationaler Attraktivität gewinnen, dass sie zur umgestaltenden Kraft gegenüber dem globalen Kapitalismus befähigt. Es ist deshalb nur konsequent, wenn sich das Hamburger Programm ausdrücklich dafür einsetzt, die Sozialdemokratische Partei Europas mit dieser Stoßrichtung „zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln“.

Gute Arbeit: „Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein“. Hier gelangen wir zu einem Herzstück des ganzen

Programms; wenn irgendwo, dann verlohnt von hier aus ein vergleichender Durchgang durch die sozialdemokratische Programmgeschichte. Von Mal zu Mal werden uns unterschiedliche Annäherungen an die gesellschaftliche Wirklichkeit, das anhaltende Bemühen um Antworten „auf der Höhe der Zeit“ begegnen. Neben der Tätigkeit von Arbeitnehmern bezieht die „gute Arbeit“ des Hamburger Programms auch „selbstständige Erwerbsformen“ und „wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit“ bewusst mit ein. Als Teil einer glaubwürdigen Strategie der Vollbeschäftigung bejaht sie „Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen“. Indem sich das Programm die darin enthaltenen Anforderungen zu eigen macht, vermag es die daraus folgenden Erwartungen an „gute Arbeit“ um so überzeugender zu begründen. Die „gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Ertrag“ gehören dazu ebenso wie der Schutz vor Sozial- und Lohndumping, Tarifautonomie und Mitbestimmung.

» **Gerechte Daseinsvorsorge:** Das Ringen um die möglichst umfassende Realisierung „guter Arbeit“ schafft zugleich die Basis für den Sozialstaat als „große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“. Im Vorfeld des Hamburger Parteitags war es zu heftig geführten Kontroversen darüber gekommen, ob die „nachsorgenden“ Elemente des Sozialstaates, verkörpert in Transferleistungen wie dem Arbeitslosengeld oder den Renten, gegenüber seinen „vorsorgenden“ Teilen, wie den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens, der Integration von Migranten oder auf dem Feld des Gesundheitsschutzes, stärker zurücktreten sollten. Schließlich setzte sich die Einsicht in die Unentbehrlichkeit beider Bereiche durch. Sie führte zu Aussagen wie diesen: „Je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern“. Zugleich wird deutlich, dass die Gerechtigkeitsfrage in jedem der sozialstaatlichen Teilbereiche vom Bildungs- und Gesundheitswesen bis zur Alterssicherung eigenständige Antworten auf vielfach dramatisch wachsende



Foto: Andrea Arcalis

Anforderungen verlangt. Sie reicht von den bereitstehenden Ressourcen über die Teilhabe der Betroffenen bis zur demokratischen Ausgestaltung der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

□ Moderne Programmpartei

Parteiprogramme brauchen Leben; das gilt für ein Grundsatzprogramm in besonders anspruchsvoller Weise. Sie gewinnen es aus den Überzeugungen der Mitglieder, für die sie sprechen, deren Einsichten sie zusammenfügen. Aber sie müssen sich auch als wirklichkeitsfähig und als wirkungsmächtig erweisen. Deshalb hört die Auseinandersetzung mit ihnen nicht auf; sie unterliegen einem ständigen Tauglichkeitstest, von innen durch Mitglieder und Anhänger, von außen durch Öffentlichkeit, Medien und konkurrierende Parteien, in Demokratien nicht zuletzt in Wahlen.

Dies alles sind Bewährungsproben, die das Hamburger Programm der SPD noch vor sich hat. Das beginnt mit dem Prozess der Aneignung des beschlossenen Textes bei den Mitgliedern, und zwar auf allen Ebenen, in den Ortsvereinen, Kommunen und Landkreisen, auf Landes- und Bundesebene. Überall ist ein Abgleich vorzunehmen: Hat das Programm die vielfachen Anregungen des Parteibasis aufgenommen, fügt es sich überzeugend in das programmatische Erbe der Sozialdemokratie, gibt es den Antworten auf neue Herausforderungen der Gegenwart genügend Raum, ist es wirklich zukunftsfähig? Wie steht es mit der Verknüpfung der Kernbotschaften untereinander, wie passen sie zu den Einzelaussagen des Programms

und wie viel Orientierung und Handlungsanleitung ist daraus zu gewinnen? Zugleich aber steckt in dem Abgleich immer auch die Rückfrage: Wie verhalten sich die Grundaussagen des Programms zum eigenen politischen Handeln, zur politischen Praxis von Sozialdemokraten, egal in welchem Bereich und auf welcher Ebene?

Dabei ist eines nicht mehr aus der Welt zu schaffen: Wer ein neues Grundsatzprogramm beschließt, setzt dem Pragmatismus in den eigenen Reihen Schranken und erhöht den Begründungszwang für tagespolitisch erforderliche Kompromisse. Denn wer dies alles ignorierte, beschädigt die Glaubwürdigkeit seiner Partei viel nachhaltiger, als dies in Zeiten programmatischer Leer- oder Hohlräume der Fall war.

» Es gehört zu den Stärken der deutschen Sozialdemokraten, dass sie sich ausgerechnet als Regierungspartei einer Großen Koalition zutrauen, den aktualisierten Glaubwürdigkeitskriterien des eigenen Programms standzuhalten. Niemand braucht zu befürchten, dass sich die SPD deshalb künftig in einen dogmatischen Verein von Protrammegeeten verwandelt. Doch steht auf der Habenseite schon jetzt ein unschätzbare Zugewinn an innerem Zusammenhalt und der Bereitschaft, sich selbstbewusst in die politische Auseinandersetzung mit der Konkurrenz von rechts und links zu begeben. ■

↳ Dr. Detlev Albers, ist Hochschullehrer für Politikwissenschaften an der Universität Bremen. Er gehörte der SPD-Programmkommission an und war lange Jahre Mitglied im SPD-Parteivorstand, er lebt in Bremen.



Foto: Christian Kiel

Staatsverschuldung und Investitionen

von Dieter Vesper



□ 1. Merkwürdiger Zeitpunkt der Debatte

Die Diskussion um die Einführung einer staatlichen Schuldenbremse findet zu einem erstaunlichen Zeitpunkt statt, denn erstmals seit fast zwei Jahrzehnten kann wieder ein Überschuss in den öffentlichen Kassen verzeichnet werden. Die Verwunderung wird noch größer, wenn man sich die Gründe für die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der Wiedervereinigung vor Augen führt. Sie war das Resultat einheitsbedingter Belastungen, umfangreicher Steuersenkungen und des schwachen Wirtschaftswachstums. In keinem Falle war es eine „überbordende“ Ausgabenpolitik, die für die staatlichen Finanzprobleme der letzten Jahre verantwortlich gemacht werden könnte. In kaum einem anderen europäischen Land sind im letzten Jahrzehnt die Staatsausgaben so schwach wie in Deutschland gestiegen. Die strengen fiskalischen Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts setzten die Politik unter enormen Konsolidierungsdruck, um die hohen Einnahmehausfälle zu kompensieren, so dass selbst die Wirkung der „automatischen Stabilisatoren“ – also die Hinnahme konjunkturbedingter Einnahmehausfälle ohne dass es zu weiteren Ausgabenkürzungen kommt – größtenteils außer Kraft gesetzt wurde. Die einseitige Fixierung auf die Defizitziele verhinderte eine problemadäquate Finanzpolitik, d.h. eine Politik, die zumindest über mehr öffentliche Investitionsausgaben der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation entgegen gewirkt hätte. Gerade die aktuelle Entwicklung zeigt eindringlich, dass eine Stabilisierung oder gar Rückführung der staatlichen Schuldenquote nur möglich (und gesamtwirtschaftlich sinnvoll) ist, wenn die Wirtschaft hinreichend wächst.

» Vor diesem Hintergrund sollte sich die Diskussion im Rahmen der Föderalismusreform II nicht mit der Frage beschäftigen, ob und wie eine staatliche Schuldenbremse eingeführt werden könnte. Vielmehr sollte im Mittelpunkt die Frage stehen, wie das Instrument der staatlichen Schuldenpolitik unter den Bedingungen der Europäischen Währungsunion effizienter

für stabilisierungspolitische Zwecke eingesetzt werden könnte. Diese Frage ist schon deshalb von zentraler Bedeutung, weil die Finanzpolitik in der Währungsunion das einzige Instrument ist, das der nationalen Politik zur Verfügung steht, um stabilisierungspolitisch zu agieren. Will sie nicht ihren Anspruch auf politische Gestaltung aufgeben, muss sie das Instrument der antizyklischen Finanzpolitik weiterhin nutzen, ja ihren Gebrauch ausbauen. Hierzu gehört auch, sich mit den Funktionen der Staatsverschuldung auseinanderzusetzen.

□ 2. Antizyklische Finanzpolitik wirkt stabilisierend

Die aktuellen Forderungen nach einer Schuldenbegrenzung fußen auf der klassisch-liberalen Sicht über die Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft. Der Einfluss des Staates durch Besteuerung und Ausgaben solle so niedrig wie möglich gehalten werden, denn staatliche Aktivitäten seien im Vergleich zu privatem Handeln unproduktiv. Die klassischen Deckungsgrundsätze der öffentlichen Haushaltswirtschaft sehen eine Kreditfinanzierung nur vor, um die finanziellen Lasten zukunftsgerichteter Staatsausgaben, also Investitionen, generationengerecht zu verteilen. Eine Verschuldungspolitik zur Glättung konjunktureller Schwankungen ist nicht schon deshalb nicht vorgesehen, weil die klassisch-liberale Sicht auf der Vorstellung eines Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung beruht. Dahinter verbirgt sich eine Welt, die aus einem System von homogenen Wettbewerbsmärkten mit unverzögert flexiblen Preisen und der inhärenten Tendenz zur Markräumung besteht, und in der Konjunkturschwankungen sich allenfalls als Schwankungen der „natürlichen“ Produktions- und Beschäftigungsgrade widerspiegeln, folglich auch stabilisierungspolitische Interventionen überflüssig sind.

Den Gegensatz zu dieser Welt bildet die auf Keynes zurückgehende Sicht, dass sich ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht keinesfalls automatisch ergibt, vielmehr Gleichgewichtsstörungen die Regel sind und dem Staat eine wichtige Stabilisie-

rungsfunktion zukommt, die für alle Wirtschaftssubjekte vorteilhaft ist. Seine konjunkturelle Flexibilität bezieht er vor allem aus der Hinnahme von Haushaltsungleichgewichten, also der Aufnahme von Schulden.

» In jedem Falle hängt das Ausmaß der staatlichen Interventionen von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Idee des zyklischen Budgetausgleichs sieht vor, dass sich der Staat im konjunkturellen Abschwung verschuldet, im Konjunkturaufschwung hingegen die Neuverschuldung abgebaut und Haushaltsüberschüsse realisiert werden. Ein solcher Ausgleich setzt allerdings einen weitgehend symmetrischen Konjunkturverlauf voraus, eine Bedingung, die in den letzten Jahrzehnten nur selten gegeben war. Die Idee des kompensatorischen Budgets ist die extremste Handlungsanweisung, sie stellt das Beschäftigungsziel in den Vordergrund. In diesem Konzept wäre eine fortgesetzt steigende Staatsschuld erforderlich, soll die deflatorische Lücke, die sich bei zunehmender Sparneigung und sinkender Investitionsneigung bildet, geschlossen werden. Die Grenze der Staatsverschuldung wird hier allein durch die Verwirklichung des Vollbeschäftigungsziels gezogen.

» Eine Diskussion um eine angemessene Staatsverschuldung muss die Frage nach ihren gesamtwirtschaftlichen Wirkungen in den Mittelpunkt stellen. Einerseits entzieht der Staat privaten Haushalten und Unternehmen durch Steuern und Abgaben Ressourcen, andererseits tätigt er Ausgaben, die im Unternehmenssektor zu Einnahmen führen; zugleich beeinflusst er über seine Kreditnachfrage den Kapitalmarktzins. Welcher Einflussfaktor dominiert, hängt vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld ab. Vor diesem Hintergrund sind die Art. 115 GG und 109 GG zu sehen. Art. 109 GG verpflichtet den Gesetzgeber, im Rahmen seiner Haushaltswirtschaft das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu beachten, d.h. die staatliche Kreditaufnahme an die gesamtwirtschaftliche Lage zu koppeln. Art. 115 GG sieht vor, dass die Einnahmen aus Krediten

nicht die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen überschreiten dürfen. Diese Bestimmung stellt allerdings auf wirtschaftliche „Normalsituationen“ ab; zur Abwehr einer gesamtwirtschaftlichen Störung ist auch die Kreditfinanzierung konsumtiver Ausgaben erlaubt. In der Summe sind die verfassungsrechtlichen Grenzen der Staatsverschuldung also recht weit gefasst. Diese Regelungen stehen nun in der Kritik und sollen, so wird vielerorts gefordert, abgeschafft werden. Vor allem aus stabilitätspolitischen Erwägungen gehen diese Überlegungen in eine äußerst problematische Richtung. Viel näher liegt die Frage, wie der Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu konkretisieren ist, um politisch handhabbar zu sein. Sicherlich ist dies ein schwieriges, weil konfliktbeladenes Unterfangen. Doch wird die Alternative kaum eine Entpolitisierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen sein können, wie dies beispielsweise die Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorsehen.

□ 3. Weitung des Investitionsbegriffs

Problematisch sind auch die Versuche, durch eine engere Auslegung des staatlichen Investitionsbegriffs die Staatsverschuldung zu beschneiden. Die ökonomische Analyse befördert keineswegs eine engere Auslegung des Investitionsbegriffs. Aus ökonomischer Sicht können all jene Staatsausgaben als Investitionen aufgefasst werden, die in zukünftigen Perioden Leistungen (Nutzen) abwerfen. Hierzu zählen zweifelsfrei die Ausgaben für das Humankapital. In einer wissensbasierten Gesellschaft, in der Wissen die Schlüsselressource für wirtschaftliche Entwicklung darstellt, kommt diesen Ausgaben möglicherweise eine größere Relevanz zu als den Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen. In den Überlegungen des Sachverständigenrates, des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium oder auch des Bundesverfassungsgerichts wird die Bedeutung des Humankapitals für das Wachstum zwar nicht in Frage gestellt. Doch wird unisono befürchtet,

dass dann der zusätzliche Spielraum für die staatliche Verschuldung zu stark ausgeweitet würde. Freilich lassen sich ökonomische Gründe für eine engere Fassung des Investitionsbegriffs nicht finden, es sei denn, man bemüht die Vorstellung vom liberalen Staatsverständnis, in dem öffentlichen Gütern nur geringer gesamtwirtschaftlicher Nutzen beigemessen wird. Hintergrund für eine enge Auslegung ist die Befürchtung, dass die öffentlichen Haushalte in der Zukunft zu stark belastet würden. Doch hängt das Ausmaß der Last wiederum davon ab, ob die Wirtschaft hinreichend wächst. Dies erfordert eine höhere Produktivität der nächsten Generation, also Investitionen auch in das Humankapital.

» In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Staatsschulden tatsächlich künftige Generationen belasten. Wenn jede Generation für ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum bzw. dafür zu sorgen hat, dass die Voraussetzungen für dieses Wachstum gegeben sind, müssen entsprechende Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungssystem und in die Forschung getätigt werden. Sie erhöhen die Produktivität einer Volkswirtschaft. Allein dies ist der Weg, Wohlstand in die Zukunft zu übertragen (und auch die z.B. die Altersversorgung zu finanzieren). Eine Volkswirtschaft insgesamt vererbt der nächsten Generation nicht nur Schulden, sondern auch Forderungen, und zwar im gleichen Maße. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob es sich um Schulden des Staates oder der Privaten handelt, allenfalls, ob wir uns dem Ausland gegenüber verschulden oder Forderungen (in Form von Exportüberschüssen) anhäufen. Deshalb kann auch nicht die Rede sein von einem Verteilungskonflikt zwischen den Generationen, sondern immer nur von einem Konflikt zwischen (künftigen) Steuerzahlern und den (künftigen) Gläubigern der Staatsschulden. Ob dieser Konflikt gelöst wird, hängt nicht zuletzt von der „gerechten“ Besteuerung der nächsten Generationen ab.

Eine Abschätzung der als investiv zu werten Ausgaben des Staates für das Humankapital, konkret Teile der in der Statistik als konsumtiv klassifizierten Personal- und Sachausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen, kommt zu dem Ergebnis, dass sie mit rund 2,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu beziffern sind. In dieser Größenordnung würde sich der investitionsorientierte Verschuldungsspielraum des Staates erhöhen, wenn man Humankapitalinvestitionen berücksichtigte. Allerdings stellen sich auch hier eine Reihe von Zuordnungs- und Abgrenzungsproblemen.

» Nicht zu Unrecht ist deshalb zu fragen, ob die Trennung von investiven und konsumtiven Investitionsausgaben Sinn macht, wenn über Sinn und Zweck der Staatsverschuldung rasoniert wird. Letztlich führt eine solche Unterscheidung nicht weiter. Deshalb sollte die Frage nach Sinn und Zweck primär mit der stabilisierungspolitischen Aufgabe der Finanzpolitik verknüpft werden. Will sie nicht ihren Anspruch auf politische Gestaltung aufgeben, muss die Finanzpolitik den antizyklischen Ansatz konsequenter als bisher nutzen.

□ 4. Ansatzpunkt: Mittelfristige Ausgabenlinie

Unter den Rahmenbedingungen des „Maas-tricht-Vertrages“ und der damit einhergehenden Fixierung auf Defizitziele ist dies aber kaum möglich. Die Fixierung der Politik auf Defizitziele muss letztlich in eine Sackgasse führen, da die Politik nur für die Ausgaben, nicht aber für die Einnahmen, deren Höhe weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird, verantwortlich ist. Einen Ausweg aus diesem Dilemma böte das Konzept eines (konjunkturbereinigten) Ausgabenpfades, der Bund und Ländern vor allem Spielraum für die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, aber auch – insbesondere auf Bundesebene – für eine aktive (diskretionäre) Politik ließe. Hierzu müsste die mittelfristige Finanzplanung aufgewertet werden, indem ihr eine größere Verbindlichkeit eingeräumt würde. Diese längerfristige Ausrichtung der Haushaltspolitik wird im Übrigen durch die zunehmende Praxis der Länder, Doppelhaushalte zu verabschieden, gestützt. Auch die Koordinierungs- und Kontrollbefugnisse des Finanzplanungsrates müssten ausgebaut werden. Die zentrale Frage ist, woran sich diese Linie orientieren sollte. Grundsätzlich bietet sich der längerfristige Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts an. Dies hätte zur Folge, dass die Staatsquoten konstant blieben. ■



Foto: www.fotolia.de; @zimmytw



Foto: www.fotolia.de; @Sven Weber

□ Dr. Dieter Vesper, ist Konjunkturforscher beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und war u.a. Mitglied des Arbeitskreises Steuerschätzungen beim Bundesfinanzministerium.

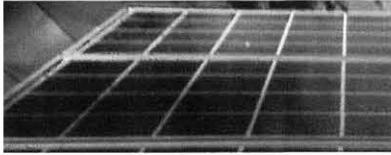


Foto: Christian Kiel

Dokumentation: Für ein nordhessisches Klimabündnis Energie – Arbeit – Umwelt

(...) Wir müssen uns heute weltweit mit drei großen Herausforderungen auseinander setzen:

1. Gelingt es uns, in einem weltweiten kulturellen Dialog das Leitbild eines klima- und naturverträglichen Lebensstils verbunden mit neuen Arbeits- und Konsummustern zu finden?

2. Findet die Politik im Weltmaßstab Strategien, das Prinzip der Nachhaltigkeit beim Ressourcenverbrauch (statt -verbrauch) im Einklang mit den Bedürfnissen der jetzt und in Zukunft lebenden Menschen durchzusetzen und globale Gerechtigkeit jetzt und in Zukunft zum Leitbild der nationalen und internationalen Politik zu machen?

3. Gelingt es, die die Weltwirtschaft dominierenden supranationalen Konzerne einer an Nachhaltigkeit gebundenen Weltwirtschaftsordnung zu unterwerfen?

» Denn eins steht fest: Um zu überleben müssen die Menschen anders leben, anders arbeiten und anders wirtschaften. Das allgemeine politische Prinzip ist deshalb „global und lokal denken, global und lokal handeln“. Wie in einem Brennglas bündeln sich die Forderungen nach naturverträglicher Lebensweise, nach einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Politik und nach einer global gerechten und naturverträglichen Weltwirtschaftsordnung in der aktuellen Frage der klimaverträglichen Weltenergieversorgung. (...) Zur Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaften mit den erforderlichen Energiedienstleistungen auf der Basis erneuerbarer Energieträger ist es kontraproduktiv, den gegenwärtigen Energiemix aus endlichen und erneuerbaren Energieträgern aufrecht zu erhalten. Außerdem steht die Verfügung

der großen Energieproduzenten über die Verbundnetze dem Aufbau einer kleinräumigen Energieversorgung im Wege.

» Grundprinzip einer weltweiten Energiewendungs es sein, die Volkswirtschaften in die Lage zu versetzen, ihre nationale Energieversorgung auf der Basis ihrer eigenen erneuerbaren Energieträger sicherzustellen. Auf dem Wege des Energieverbundes sollen die Überschüsse an Energie auf der Basis erneuerbarer Energieträger für den Export zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür ist ein internationales Verbundnetz in Erdkabel-Bauweise und unter öffentlicher Kontrolle mit fairen Einspeisungsrechten. (...)

□ Forderungen für die internationale Ebene:

- Zwischenstaatliche Verträge der Bundesrepublik und der EU mit Staaten insbesondere des Südens zur Zusammenarbeit beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger mit Vorrang für den Eigenbedarf;
- Eine internationale Energieagentur unter öffentlicher Kontrolle und unabhängig von Energiekonzernen als Trägerin internationaler Verbundnetze;
- mindestens kostendeckende Vergütung sowie gerechte Einspeisungsregeln für erneuerbare Energien in Europa und weiteren Staaten nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbare Energie Einspeisungsgesetzes (EEEG);
- Verbesserung der CO₂-Bilanz;
- Verbot von Gentechnik und Kunstdünger sowie der Abholzung von Wäldern für die Produktion von Energiepflanzen; (...)

- Effektivierung des Instruments des Emissionshandels und Ergänzung um ein Instrument zur Lizenzierung des Verbrauchs von Kohlenstoff;
- Eine Umweltsteuer auf europäischer Ebene zur Finanzierung der Klima- und Umweltziele der EU;
- Kerosinbesteuerung sowie Abschaffung aller weiteren Steuerprivilegien im Flugverkehr;
- zusätzliche Ausgleichszahlung für jede Flugreise, Verwendung für Energiesparmaßnahmen und Erneuerbare Energien in Staaten des Südens.

□ Forderungen auf Bundesbene:

- Aufgreifen der Handlungsvorschläge der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zum Schutz des Menschen und der Umwelt, des Klimas und zur Globalisierung insbesondere Stoffstromanalysen des Autos, der Energieträger und der Landwirtschaft;
- Bindung einer verbesserten Umweltbesteuerung an die Finanzierung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. (...);
- Priorität für den Schienenverkehr im Bundesverkehrswegeplan; auf allen Strecken an allen Wochentagen (...);
- Senkung der Preise für den Öffentlichen Verkehr (...);
- Tempolimit: 120 km/h auf Autobahnen, 100 km/h auf Schnellstraßen, 80 km/h auf Landstraßen;
- Aufnahme der im Klimaschutzprogramm nicht mehr enthaltenen Begrenzung der Besteuerung der Dienstwagen;
- sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und Begrenzung der Kohleenergie auf Forschung für CO₂-Neutralität;
- Förderung der Brennstoffzellen-Forschung für Ein- und Zweifamilienhäuser;
- Verbot von Gentechnik und Kunstdünger für die Produktion von Energiepflanzen;
- Auflösung der Energiekonzerne.

□ Forderungen auf Landes- und Kommunalebene

- Prioritätensetzung für erneuerbare Energieträger und Energiesparen wie Solardächer, Blockheizkrafttechnik, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmedämmung und Ausrichtung der Häuser nach Süden in der Raumordnungs- und Flächennutzungsplanung sowie in den Bebauungsplänen;
- Unterstützung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung mit Förderinitiativen des Landes und der Kommunen;
- Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Stadtwerke in kommunalem Besitz sowie Ausgabe von Teilhaberscheinen mit Stimmrecht an Bürgerinnen und Bürger;
- Absage an die Privatisierung der Einrichtungen kommunaler Daseinsvorsorge;
- Priorität für den Schienenverkehr und sonstigen Öffentlichen Verkehr in der Fläche in der Verkehrsplanung;
- Ausstieg der Stromversorger mit kommunalen Besitz-Anteilen aus dem Vertrieb von Atomstrom;
- Kündigung der Versorgungsverträge mit der EON, Rückkauf des Stromnetzes;
- landwirtschaftliche Nutzung von Landes- und kommunalen Flächen nur ohne Kunstdünger, Pestizide und Gentechnik.

Deshalb rufen wir zur Unterstützung des Nordhessischen Klimabündnisses Energie – Arbeit – Umwelt auf. Wir fordern Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auf, sich für den skizzierten Energiekonsens und die daraus abzuleitenden Forderungen aktiv einzusetzen. Insbesondere die von der Bevölkerung gewählten Vertreter auf kommunaler und regionaler Ebene, in den Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament, Arbeitgeber und Gewerkschafter rufen wir zu Initiativen für eine Energie-wende auf. Bei einer Existenzfrage relativieren sich Gegensätze zwischen den politischen Lagern und vordergründige wirtschaftliche Interessen. ■

Verabschiedet auf dem Treffen des Projekts „Eine andereWelt – wie denn?“ am 3. November 2007 in Kassel. Kontakt: Heinrich Triebstein, Eisenhammerstraße 44A, 34123 Kassel, h.triebstein@gmx.de.

Personen & Positionen

□ PrivateEquity Thema in der SPD-Bundestagsfraktion

Drangeblieben sind die SPD-Finanzpolitiker im Bund im Einsatz gegen ein spezielles Phänomen des Finanzmarkts, die sog. „Heuschrecken“. Hier steht auch immer noch die Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner um die sog. Private-Equity-Gesetzgebung an. Diese wird derzeit von CDU/ CSU auf die lange Bank geschoben, weil ihr die Regulierung des Finanzmarktes nicht passt. Das Risikobegrenzungs-gesetz, eine nationale Ergänzung des Bundesfinanzministeriums zu den G8-Initiativen Peer Steinbrücks, um die internationalen Finanzmarktrisiken einzudämmen, ist der Union zu scharf. Auch das dazugehörige Wagniskapitalbeteiligungsgesetz – entworfen, um zielgenau Investments in junge, innovative Unternehmen zu unterstützen – hat die Union in den Beratungen angehalten: Sie will die „Heuschreckenbranche“ umfassender fördern und riskiert hier sogar den Bruch mit ihrer klassischen Klientel, dem Mittelstand.

Zur Private-Equity-Gesetzgebung der Großen Koalition ist im September 2007 eine Broschüre der Parlamentarischen Linken erschienen, die Ortwin Runde erarbeitet hat. Sie steht unter dem Titel „Intelligenz gegen Geldgier“ zum Download auf den Internet-Seiten der PL.

► **Download:** www.parlamentarische-Linke.de

□ Björn Böhning wird kommissarischer Vorsitzender des Forum DL21

Andrea Nahles legt zum Jahresende ihre Vorsitzendentätigkeit im Forum DL21 e.V. nieder. Der Vorstand hat einstimmig den bisherigen Juso-Bundesvorsitzenden gebeten, den Vorsitz im Verein der SPD-Linken zu übernehmen. Die Neuwahl des Vorstands soll auf der turnusmäßigen Mitgliederversammlung am 15. Februar 2008 in Berlin erfolgen.

► **Infos:** www.forum-dl21.de

□ Juso-Bundesvorstand neu gewählt

Franziska Drohsel erzielte als neue Juso-Bundesvorsitzende das beste Ergebnis einer Vorsitzenden seit der Juso-Linkswende. Den Vorstand komplettieren neben der neugewählten Bundesgeschäftsführerin Katrin Münch (Berlin) die stellvertretenden Vorsitzenden Simone Burger (Bayern), Michael Clivot (Saarland), Gudrun Hoffmann (Sachsen), Ralf Höschele (Berlin), Sonja Pellin (Rheinland-Pfalz), Jendrik Schröder (Nord-Niedersachsen), Jan Schwarz (Braunschweig) und Katie Baldschun (NRW). Mit breiter Mehrheit wurde Cordula Drautz als deutsche Kandidatin für das Amt der IUSY-Vize-Präsidentin nominiert.

□ Parlamentarische Linke diskutiert über Grundeinkommen

Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert am 23. Januar mit dem spw-Chefredakteur Reinhold Rünker über unterschiedliche Konzepte eines Grundeinkommens. Rünker hatte zu Jahresbeginn ein Papier für die Parlamentarische Linke erarbeitet, in dem er sich gegen das auch bei Teilen von Grünen/Bündnis 90 und Linkspartei diskutierte Grundeinkommen ausgesprochen hatte.

► **Infos:** www.parlamentarische-Linke.de

□ Berufliche Wechsel

spw-Redaktionsmitglied Thorben Albrecht ist seit 01. Dezember Büroleiter der spw-Herausgeberin und stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Andrea Nahles im Willy-Brandt-Haus. Albrecht war zuletzt beim DGB-Bundesvorstand für europäische Politik zuständig und bringt Erfahrung aus dem Willy-Brandt-Haus mit: in den 1990er Jahren war er zeitweilig u.a. Juso-Bundesgeschäftsführer und später Büroleiter des stellv. SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping.

Veränderungen gibt es auch im Bundestagsbüro von Andrea Nahles: Jan Busch wird seine juristische Ausbildung in den nächsten zwei Jahren mit dem 2. Staatsexamen fortsetzen. Tanja Bergrath, die auf dem Juso-Bundeskongress im November nicht wieder als Bundesgeschäftsführerin kandidierte, wird die Aufgaben als persönliche Referentin übernehmen. Jan Busch wird aber weiter für das Büro Nahles tätig sein.

□ 16 Verbände fordern individuelle Besteuerung anstelle statt Familiensplitting

Ein Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden hat sich mit einem alternativen Steuermodell an die Öffentlichkeit gewandt und lehnt die Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting ab, wie es die CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm vorschlägt. Sie fordern stattdessen, dass die Einkommen von Ehepartnern grundsätzlich individuell besteuert werden, so wie es für Menschen in allen anderen Lebensformen gilt. Die bestehende Unterhaltspflicht in Ehen solle über einen übertragbaren Grundfreibetrag berücksichtigt werden, der künftig auch eingetragenen Lebenspartnerschaften zugute kommen solle.

Durch die vorgeschlagene Reform des Ehegattensplittings würden Mittel in Höhe von ca. 16 Mrd. Euro frei. „Dieses Geld soll gezielt dafür eingesetzt werden, die Lebenssituation von Kindern und Familien in Deutschland zu verbessern. Der weitere Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist dabei für uns ebenso zentral wie die Schaffung einer eigenständigen materiellen Existenzsicherung für Kinder“ heißt es in der Erklärung, die am 04. Dezember 2007 in Berlin vorgestellt wurde.

Ein gutes Drittel aller Familien würde von der Einführung eines Familiensplittings in keinsten Weise profitieren, da sie aufgrund ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen oder weil sie von sozialen Transfers leben. Eine stärkere Berücksichtigung von Kindern im Steuerrecht komme daher vor allem besonders gut verdienenden Menschen mit mehreren Kindern zugute.

Das Konzept, das u.a. von der Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Juristinnenbund, Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Gewerkschaften sowie weiteren Verbänden erarbeitet wurde, steht auf der Homepage des „Zukunftsforum Familie e.V.“ zur Verfügung.
► **Download:** www.zff-online.de

5 Fragen an ...

■ ■ Heiko Kretschmer

☞ Heiko Kretschmer: aktuelles Bild aus 2007.
1. Bild r. S.) 1998 beim European Committee der IUSY in Rom.
2. Bild r. S.) 1994 mit der Nahost-Delegation der Jusos in Beirut.

Fotos: privat



» Heiko Kretschmer, Jahrgang 1967, ist Diplom-Physiker. Sein politisches Engagement begann in Marburg, wo er u.a. als stellvertretender hessischer Landesschülersprecher aktiv war und auch studierte. 1993 wurde er als stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos gewählt und nach der Wiederholung des Juso-Bundeskongresses 1995 nahm er das Amt des IUSY-Vizepräsidenten bis 1999 ein. Nach einer Fortbildung zum Berater für Public Relations war er einige Jahre bei Agenturen beschäftigt bevor er 2001 mit einem Partner die Kommunikationsberatung Johanssen + Kretschmer gründete, deren geschäftsführender Gesellschafter er bis heute ist. Heiko lebt mit seinem Freund und Hund in Berlin-Mitte.

spw: Was verbindest Du heute mit Deiner Juso-Zeit?

» **Heiko Kretschmer:** Aus heutiger Sicht würde ich da den Kampf für die „Abschaffung der Wehrpflicht“ nennen. 1994 habe ich zunächst gemeinsam mit dem Arbeitskreis Frieden und dem Juso-Bundesvorsitzenden Thomas Westphal gegen viele Widerstände sowohl in der Juso-Linken als auch im Gesamtverband eine Position durchgesetzt, die die Wehrpflicht ablehnte und eine Freiwilligen Armee mit überwiegend befristeten Zeitverträgen vorsah. Jetzt auf dem Hamburger Bundesparteitag hat die SPD in Grundzügen diese Position übernommen. Kurzum: Ein Erfolg von 13 Jahren innerparteilicher Auseinandersetzung.

spw: Welche Diskussionen haben Dich besonders geprägt?

» **Heiko Kretschmer:** Geprägt hat mich eigentlich die Internationale Politik. Unsere deutschen Diskussionen relativierten sich dort meist sehr stark. Die aktive Begleitung des Friedensprozesses im Nahen Osten, die Initiierung von Jugenddialogen zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Arabern und Europäern und am Ende aber auch das Scheitern vieler dieser Initiativen im Wiederaufflammen des Konfliktes waren bewegende Momente. Ein Highlight bleibt natürlich immer das IUSY Festival in Bonn 1996. Viel Arbeit im Vorfeld, manch politischer Konflikt, am Ende gelebte Solidarität.

spw: Was war für Dich persönlich der wichtigste Meilenstein in Deinem politischen Leben? Was würdest Du heute anders machen?

» **Heiko Kretschmer:** Die Entscheidung, 1999 nicht für den Juso-Bundesvorsitz zu kandidieren und somit nicht zum Berufspolitiker zu werden. Was damals nur wenige verstanden haben, hat sich für mich als biografischer Glücksgriff herausgestellt. Auf dem Juso-Bundeskongress in Gera 1995 ist der Verband in eine seiner tiefsten Krisen geraten. Er brauchte gut zwei Jahre, um sich davon zu erholen. Was wäre gewesen, wenn man damals weniger verbissen mit der Macht im Juso-Verband umgegangen wäre?



spw: Welche Erfahrungen und Fähigkeiten hast Du aus der Juso-Zeit in Dein heutiges Leben mitgebracht?

„ **Heiko Kretschmer:** Jusos und SPD waren die wichtigste Schule fürs Berufsleben, die ich hatte. Zwar hat mein Studium mich im abstrakten und szenarischen Denken geschult. Doch das Know-how um politische Prozesse, um die Bedeutung von individuellen und organisierten Interessen und die Bewertung von gesellschaftlicher Bedeutungsmacht von Themen basiert auf Erfahrungen, die ich in der politischen Arbeit gemacht habe. Noch heute kann ich immer wieder davon profitieren, dass mir das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen mit institutionalisierter Politik in Fleisch und Blut übergegangen ist.

spw: Du hast inzwischen viele Jahre mit politischer Kommunikation Dein Geld verdient. Was würdest Du Dir von der Politik wünschen, damit sich die Situation für politische Kommunikation verbessert?

„ **Heiko Kretschmer:** Einfach mal zuhören und dazulernen.

spw: Heiko, vielen Dank für das Gespräch. ■

■ Abschaffung der Wehrpflicht

Ab 1992 gab es in der SPD eine heftige Diskussion über die Frage, ob die Bundeswehr sich an Blauhelm-Einsätzen beteiligen soll. Etwa zeitgleich wurde im Juso Verband die Frage nach der Legitimation der Wehrpflicht gestellt. Dabei gab es zwei wesentliche Begründungsstränge: Die fehlende Wehrgerechtigkeit, der massive Eingriff des Staats in die individuelle Lebensplanung Jugendlicher und auch die Abwehr erster Forderungen nach einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer auf der einen Seite. Der andere ergab sich aus generellen sicherheitspolitischen Überlegungen, nicht mehr das Massenheer, sondern intelligente, hoch qualifizierte Einheiten würden die Zukunft der Bundeswehr bilden, so dass die Berufssoldaten mehr und mehr eine Armee in der Armee bildeten.

Auf dem Juso-Bundeskongress 1994 in Herne wurde die Ablehnung der Wehrpflicht dann erstmals bei den Jusos beschlossen. Danach begann eine zähe Diskussion in der Parteilinken, die erst Ende der 90er Jahre mehrheitlich auf eine Wehrpflicht kritische Position einschwenkte. Damit war die Grundlage für eine intensive Auseinandersetzung in der SPD gelegt, die schließlich auf dem Hamburger Parteitag in der Forderung nach Aussetzung der Wehrpflicht vorläufig ihren Höhepunkt fand.

[Alexandra Kramm]

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

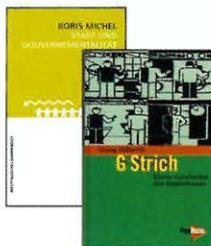
spw



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten | 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten | 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Governementalität
Boris Michel
156 Seiten | 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus**
Georg Fülberth
316 Seiten | 19,80 €



Prämienpaket 3:

**Menschen machen
Innovationen**
Karl-Heinz Brandl /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten | 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten | 14,80 €

»» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____